SDS

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

Bundesvorstand , Tel. o611/776068

Postscheck Ffm 316 o7
Dresdner Bank Nr.282 427

SDS-Info 2

18.12.68

BV-Finanzen

Angesichts der Vorbeugehaftentwürfe, der SDS-Verbotsdrohungen, der stärkeren Koordination der Polizeiapparate, der Kampagne zur Diszplinierung der Universitäten (Relegationsverfahren etc.) ist die Frage der Finanzen nicht unser Hauptproblem.
Damit Euch aber unsere finanziellen Probleme nicht ganz entgehen, soll gleich zu Anfang dieses 2. Infos noch einmal daran erinnert werden:

-wir stecken immer noch tief in den Schulden

-die Gruppen haben auf unsere erste Bitte nicht gerade sehr lebhaft reagiert.

Es wäre gut, wenn Ihr alle ausstehenden und zusätzlich möglichen Beiträge uns sofort überweisen könntet, da uns sonst das Papier und der Strom ausgeht.

Außerdem: von einer ganzen Reihe von Gruppen bekommen wir noch Geld für mehrere Nummern der Neuen Kritik.

Damit sich im Verband aber die Meinung nicht durchsetzt, wir hätten hier eine finanzielle bürokratische Macke, empfehlen wir den Genossen z.B. die folgende Rechnung -die im übrigen noch nicht bezahlt ist- sich etwas genauer anzusehen. Dergleichen Verschwendereien dürften politisch nicht gerade förderlich sein: Nebenkosten der DK in Hannover

150 Garderobemarken u.2.Hinweisschilder	DM 138,-
1 Zigarrenablegen aus Porzellan (Toilette)	7,70
3 Papierrollenhalter	15,-
1 Feuerlöscher (neu wegen Beschädigung)	108,-
Reinigungsgebühr (Toilette)	25,-
Reparatur eines zerbrochenen Sessels	15,-
	308,70

Die existentialistsichen "Feuerlöscher" aus Münster und Umgegend könnten ja mal DM 108,- locker machen.

Im übrigen könnt Ihr uns vielleicht massenhaft 1oer Briefmarken schicken. Das Porto reißt ungeheuer ins Geld.

A propos Henze

Es interessiert Euch wahrscheinlich, was es mit den DM 8o.ooo,- von Henze auf sich hat: l e i d e r n i c h t s.
Das Geld ist schon im vergangenen Jahr gezahlt und (nicht für den SDS)ausgegeben worden.
Das heißt nicht , daß der Genosse Henze uns nicht nach Möglichkeit unterstützen will; dies zeigt ja nicht zuletzt die solidarische Hilfe für Rudi.

Hessen u. NRW : Gelder für SDS gestrichen

Mit einem Erlaß v.11.11.68 hat der Hess. Kultusminister veranlasst, "die Zuwendungen aus dem Titel 315 an die Hochschulgruppe des SDS zu stornieren."(vgl. das Schreiben des Verwaltungsdirektors an der Philipps-Universität an die Marburger Genossen v.26.11.68)
Einige Tage später artikulierte NRW-Ministerpräsident Kühn, daß er von den Bedingungen und Kosten direkter Aktionen in der Universität nicht die mindeste Ahnung hat, indem er mitteilte, er habe nicht die Absicht, "Rektoratsbesetzungen und Universitätsbarrikaden zu finanzieren."(vgl.FAZ,v.4.12.68) (Bisherige Unterstützung der Genossen in NRW (1968) DM 5 580,-).

Mit diesen Entscheidungen haben sich die wahren Absichten der Landes- und Bundesjugendpläne erneut entlarvt:

> die staatliche Förderung hat nichts anderes im Sinn als die Formierung der Jugendverbände zur Staatsjugend.

In der augenblicklichen Situation stellt die Verweigerung der Mittel allerdings auch den Versuch dar, den SDS als den aktivsten Teil der Studentenbewegung zu disziplinieren.
Die Staatsbürokratie ist offenbar angesichts gewisser Reorganisationsschwierigkeiten des SDS nach den offensiven Auseinandersetzungen im Frühjahr und Sommer der Fehleinschätzung erlegen , der Entzug der öffentlichen Mittel "zur Förderung des staatsbürgerlichen Interesses und der staatsbürgerlichen Bildung der Studenten, insbesondere der bewußten Eingliederung des jungen Menschen in Staat und Gesellschaft"- wie es bezeichnenderweise in den hessischen Richtlinien heißt, könne die Arbeit der SDS-Gruppen in Hessen und NRW entscheidend gefährden. Dergleichen Versuche entlarven nur die reaktionären Ziele der Staatsbürokratie und verfehlen ihren Zweck .

Im übrigen geht unser Prozeß gegen die Bundesregierung um die Bundesjugendplanmittel in Kürze in die 3.Instanz.
(in der ersten Instanz hatten wir gewonnen, in der 2. verloren.)
Wir informieren Euch demnächst genauer über diesen Prozeß.

Hochschulrevolte in Köln und Bonn

Die Hochschulrevolte breitet sich aus. Mit einer gewissen zeitlichen Verschiebung zu anderen Universitäten sind die Genossen in Köln und Bonn zur hochschulpolitischen Offensive übergegangen. Allerdings zeigen sich signifikante Unterschiede im politischen Ansatz in Köln und in Bonn.
Während die Kölner Gruppe mit einer offensiven direkten- Aktionstrategie einsetzte (vgl. den Bericht im Info, Nr. 1), hält sich die Bonner Strategie im Rahmen friedfertiger reformistischer Studienreformpolitik der frühen 6oer Jahre.

Die Forderungen der Kölner Genossen: -Keine Polizei auf dem Uni-gelände, Abschaffung des Ordinarienprinzips, Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen, Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, Abschaffung jeglicher Disziplinarordnungen zielen auf die Frage: "Wem gehört die Universität?"

Anders in Bonn: Die "vernünftigen Forderungen" der Bonner Genossen zielen sehr viel mehr auf Detailprobleme: - intensives Studium in kleinen Gruppen, sinnvolle (?) Studienberatung, Diskussion und Entscheidung über Lehrpläne u. Prüfungsordnungen in paritätisch besetzten Institutsräten, Besetzung vakanter Lehrstühle.

Es muss gefragt werden , ob dergleichen systemimmanente Strategie nicht gerade zur Stabilisierung der bestehenden Herrschafts- und Verwertungszusammenhängen von Wissenschaft beiträgt, indem sie der überfälligen Universität zu rettenden Detailreformen verhilft.
Immerhin brachten die Bonner Genossen nach den südkoreanischen Terrorurteilen ein Go-in in die Südkoreanische Agentenzentrale gegenüber dem AA zuwege; seither ist die Botschaft von Polizei und Schäferhunden bewacht. Ob allerdings die Bonner Gruppe den aktiven Kampf gegen die Zentralen der imperialistischen Allianz aktiv zu unterstützen in der Lage sein wird, ist nicht zuletzt davon abhängig, ob sich bei manchen Genossen die Einsicht durchsetzt, daß nicht die Lektüre von "Imperialismus heute" sondern der praktische Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Lande den Ansprüchen einer sozialistischen Politik genügt.

Zu Köln bleibt im übrigen anzumerken, daß bei der eingeschlagenen Strategie, die getragen ist von einigen sich allmählich konsolidierenden ad-hoc-Gruppen in den verschiedenen Fachbereichen, offensichtlich problematisch ist, welcher Stellenwert dem ASTA (der z.Zt. von dem reaktionären KSU-Laepple-Clan okkupiert ist) und den studentischen Selbstverwaltungsgremien im Rahmen einer radikalen auf die Selbstorganisation der kritischen Studenten zielenden Hochschulpolitik zukommt.
Nicht nur in Köln (wo man darauf verfallen war, den Asta zu besetzen) sondern auch an anderen Universitäten zeigt sich ein unreflektierter Antiparlamentarismus, der die Kritik am Parlamentarismus im Spätkapitalismus bruchlos auf die Hochschule überträgt. Die studentischen Institutionen als Möglichkeiten der politischen Mobilisierung der Studenten und die Möglichkeit jeweils als legitimierter Sprecher der Studentenschaft insgesamt auftreten zu können, ganz abgesehen von den materiellen Hilfsquellen, die ein von uns kontrollierter Asta bietet, geraten dabei zumeist aus dem Blick.

Gekoppelt mit einer Strategie der Institutsbasisgruppen und studentischen Vollversammlungen, die die Entfaltung der Hochschulrevolte faktisch bestimmen, dürfte eine linke Wahlkampfbeteiligung im Bereich der Hochschule nach wie vor aktuell sein.

Im übrigen: -sind von der Uni München und von der FU Berlin enorme Siege , von Frankfurt (in der ersten -ungültigen-Wahl) ein gutes Abschneiden der Linken zu berichten. (Eine Aufstellung der von uns kontrollierten Astas demnächst!)

Flugblatt aus Köln v.9.12.68 - Vollversammlung Aula 17 h

UNSERE FORDERUNG nach Öffentlichkeit aller Universitätsgremien hat das Rektorat am letzten Mittwoch mit dem Einsatz einer Hundertschaft Polizei auf dem Universitätsgelände beantwortet. Das nur noch zu DISZIPLINARMASSNAHMEN fähige Rektorat hat damit seinen Bankerott erklärt.

DER POLIZEIEINSATZ zeigt zudem, daß Prüfungsordnungen, Disziplinarrecht, Hausordnungen und professoraler Druck zur Einschücherung der Studenten nicht mehr ausreichen. Der staatliche Unterdrückungsapparat eilt der Ordinarienuniversität zu Hilfe.

DAS PROFESSORALE HAUSRECHT, vertreten durch HÜBNER (der Rektor) und das Rektorat, soll die ORDINARIENHERRSCHAFT IN DER UNIVERSITÄT absichern. Die Professoren betrachten die Universität als ihr privates Eigentum, über das sie mit Hausrecht und Polizei verfügung zu können glauben.

WELCHE KONSEQUENZEN MÜSSEN WIR DARAUS ZIEHEN ?
1. Es geht nicht um Hübners private Tassen im Schrank, sondern um die Abschaffung der privatistischen Verfügung der Professoren über die Universität, d.h. es geht um die Abschaffung des Ordinaiatsprinzips.
2. Unsere FORDERUNG nach ÖFFENTLICHKEIT ist der erste Schritt zur Durchsetzung der demokratischen Rechte aller wissenschaftlichen Arbeiter (Studenten, Assistenten, Wiss. Räte, Dozenten, Professoren, wiss. Hilfskräfte , Arbeiter und Angestellte der Univ.)

DESHALB FORDERN WIR:
1. KEINE POLIZEI AUF DEM UNIVERSITÄTSGELÄNDE
2. ABSCHAFFUNG JEGLICHER DISZIPLINARORDNUNG
3. ABSCHAFFUNG DES ORDINARIENPRINZIPS. Der erste Schritt dazu ist die Herstellung der Öffentlichkeit aller Universitätsgremien.
4. ABSCHAFFUNG ALLER ZUBASSUNGSBESCHRANKUNGEN, z.B. in der Med. Fakultät.
5. DEMOKRATISIERUNG DER SEMINARE UND INSTITUTE, d.h. Selbstbestimmung am Arbeitsplatz.

Die Durchsetzung dieser Forderungen diskutieren wir heute 17 h auf der Vollversammlung in der Aula
WEM GEHÖRT DIE UNIVERSITÄT ? Aktionskomitee Rektoratsbesetzung

Flugblatt Bonn, v.9-10-68

Rektor Partsch hat es auf der Podiumsdiskussion am vergangenen Mittwoch abgelehnt, zur Studienreform Stellung zu nehmen Mit Herrn Flume, Großordinarius an der Juristischen Fakultät und einer der eifrigsten Maßschneider für eine "neue"Hochschulverfassung, war sich einig, daß dies nicht zum Thema gehöre (Flume:"Sie haben ja keine Ahnung" zu Fischer Appelt und:" Das kommt daher, daß Sie kein Demokrat sind" zu Ex-Asta Schon.)
Stattdessen gefiel es den Herren, vier Stunden lang unverbindlich Organisationsmodelle zu basteln. Sie, die jahrlang von Reform geredet und jede studentische Aktivität mit dem Hinweis auf ihre eigene gebremst hatten, haben sich damit endgültig entlarvt. Auch sie haben mittlerweile den oppositionellen Hochdruck im Dampfkessel Universität wahrgenommen. Aber andatt die Energie in Interesse einer menschlicheren Wissenschaft und einer demokratischen Gesellschaft sinnvoll auszunutzen, haben sie nichts eiligeres zu tun, als unter strengen Absicherungsmaßnahmen stärkere Kesselwände einzuziehen. Die Gefahr, daß der Überdruck sie samt den Kesselflickern in die Luft jagt, wird dadurch nicht beseitigt.
Wir, Studenten der Phil.Fak. sind nicht bereit, diese technologische Offensive hinzunehmen. Sie läuft auf die Alternative Anpassung oder Liquidation hinaus. Klarer als sonst springen die Widersprüche zwischen unseren vernünftigen Forderungen und der organisierten Unvernunft der Universität von morgen ins Auge:
1. Statt intensivem Studium in kleinen Gruppen: Massenvorlesungen als Patentlösung: ZPZ (Zwischenprüfungszwangsordnung).
2. Statt sinnvoller Studienberatung-verworrener Studienplan: ZPZ.
3. Statt Diskussion und Entscheidung über Lehrpläne und Prüfungsordnungen in praitätisch besetzten Institutsräten - autokratischer Ordinarienklüngel und ZPZ als Superlativ (mehr Macht dem Dekan).
4. Statt Besetzung der vakanten Lehrstühle -eifersüchtige Mauscheleien der Ordinarienclique.
Darum: Schlagt den Professoren die Zwischenprüfung um die Ohren.....

Projektgruppe ZPO

DER DNF0 IST PER HAND ABGEZOGEN, WEIL HIER STÄNDIG DIE MASCHINEN KAPUTT GEHEN — DARUM DER TECHNOLOGISCHE RÜCKSTAND.

DARMSTADT — Basisgruppe KRITISCHE TECHNIK

Ausgehend von der Erkenntnis, daß sich relevante Hochschulpolitik an einer Technischen Hochschule nicht allein auf die Kritik des institutionellen Aufbaus der Hochschulen und des Bildungssystems und der nachfolgenden Vermittlung allgemeinpolitischer Inhalte beschränken kann, sondern Stellung,Möglichkeiten und Funktion der technischen Intelligenz in der industriellen Produktion mitreflektieren muß, bildete sich im darmstädter SDS eine Basisgruppe KRITISCHE TECHNIK.
Sie stellte sich zur Aufgabe, folgende Themen theoretisch zu bearbeiten und mit einer revolutionären Hochschul-und später betriebspolitischen Praxis zu vermitteln:

1) Problematisierung "wertfreier Wissenschaft" in der Studentenschaft durch Positivismuskritik
2) Auswirkungen der positivistischen Wissenschaftspraxis der Hochschule auf die konkrete Studiensituation(Studienpläne,Prüfungsordnungen etc.)
3) der reale Status und die Statuserwartung des Ingenieurs und ihre sozialen und psychologischen Folgen in Bezug zum gegenwärtigen Wissenschaftsverständnis
4) Verwertung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus(Kapitalvernichtung,Verschwendungspraxis).

Ausgehend von einer schon früher begonnenen Habermas-Diskussion in der darmstädter Gruppe haben wir mit Positivismuskritik begonnen, deren Ergebnisse in unserem paper(Kritische Technik,Darmstadt 1968; zu beziehen beim SDS Darmstadt,Postfach im AStA der THD,Darmstadt,Hochschulstr.1) auf S.7ff. publiziert sind.
Gleichzeitig wurden Diskussionsansätze zu den Punkten 2 und 3(s.o.) gemacht, die sich in den mehr agitatorischen Artikeln des papers(S.1 und 14) manifestieren.
Das als Diskussionsbeitrag in einer brisanten Hochschulsituation gedachte paper hatte bei 45o in der TH verkauften Exemplaren(TH=7ooo Studenten) kurzfristig keine nennenswerte Resonanz in der Studentenschaft, da wir momentan nicht in der Lage waren, wirkungsvolle, mit dem paper vermittelte Aktionen durchzuführen. Außerdem fehlen uns Kenntnisse über Lernprozesse größerer sozialer Gruppen.
Unsere Arbeit wurde weiter behindert durch Konflikte zwischen Mitgliedern der Basisgruppe KT und den anderen Genossen der SDS-Gruppe, deren Zustand zu Beginn des WS sehr desolat war. Die Situation beginnt sich zu bessern, indem die alte Gruppenstruktur, gekennzeichnet durch Diskussionen einzelner politischer Probleme und Aktionsbeschlüsse in MVs, die eine unsystematische Arbeitsweise der Gruppe zur Folge hatte, durch die neue Struktur kontinuierlicher Arbeit in mehreren Gruppen allmählich abgelöst wird.

TÜBINGEN — Basisgruppe GERMANISTIK

Am 2.12.68 wurde in Tübingen von ca.3oo Studenten der PhilFak auf einem Teach-in eine Resolution beschlossen, in der die Aussetzung des Lehrbetriebs für den Rest des WS und stattdessen die Bildung von Arbeitsgruppen gefordert wurde, die mit der grundsätzlichen Kritik des herrschenden Wissenschaftsbetriebs beginnen und Konzepte zur Studien-und Hochschulreform entwickeln sollten.
Am Montag darauf(9.12.) fand eine Vollversammlung der PhilFak statt, in der die Resolution vom 2.12. zur Diskussion stand. Nach dreistündiger Auseinandersetzung wurde es in einem Hammelsprung mit 514:498 Stimmen abgelehnt, zu dieser Resolution eine Urabstimmung durchzuführen(die ihre Ablehnung

bedeutet hätte). In der darauffolgenden Abstimmung über die -im Gegensatz zum vergangenen Montag- detailliertere Resolution wurde das "Freisemester" abgelehnt, stattdessen aber gefordert, die Kritik des Wissenschaftsbetriebs, der Studiengänge und -inhalte, des Lehrbetriebs und der Hochschulorganisation in den Lehrveranstaltungen fortzusetzen.

Vorgeschichte: Teach-in und Vollversammlung gehen hauptsächlich auf die Aktivitäten der Basisgruppe Germanistik seit Beginn des WS zurück. Nachdem man in der zweiten Hälfte des SS 68 eine Art Mini-KU der Germanisten praktiziert hatte, die sich mit Ende des Semesters stillschweigend auflöste, beschlossen wir Anfang des WS, exemplarisch in einem Seminar mitzuarbeiten, d.h., es umzufunktionieren und außerdem die eigenen Vorstellungen in der Praxis zu überprüfen. Um auch eine Breitenwirkung zu erzielen, wurde eine Aktion gegen die Institution Vorlesung(also nicht gegen einzelne, besonders schlechte Vorlesungen), gegen die extrem autoritäre Form der Wissensvermittlung, die besondere Ineffektivität etc. gestartet, die durch zwei Flugblätter eingeleitet wurde. Diese Flugblätter wurden Anfang November vor fast allen germanistischen Vorlesungen verteilt. Diskussionsversuche wurden gemacht bei Beißner und Ziegler(beide Neue Abteilung) und Mohr(Alte Abteilung).
Beißner lehnte zunächst eine Diskussion ab, wurde aber eine Stunde lang immer wieder in Fragen verwickelt, sodaß er schließlich auch deshalb die folgende Vorlesungsstunde für die Diskussion freigab. Das war für uns ungünstig, da -wie zu allen Sonderveranstaltungen- vorwiegend die bekannten Teach -in- Besucher und Genossen erschienen.
Ziegler ließ direkt diskutieren, konnte aber in einem zwanzigminütigen Schlußwort alle aufgedeckten Widersprüche vertuschen. Mohr lehnte die Diskussion kategorisch ab:"Ich diskutiere nicht; ich halte meine Vorlesung und damit tue ich meine Pflicht."
Das erste Mohr-Go-in wurde mit Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand des Ordinarius abgebrochen, bei den nächsten drei Go-ins ging Mohr jeweils nach fünf Minuten. Von den etwa 5oo Hörern blieben in den sofort in Teach-ins umgewandelten Vorlesungen immer etwa 2oo Studenten.
Nachdem Mohr das zweite Mal abgebrochen hatte, fand am 18.11. ein Germanisten teach-in zu diesem Thema statt. Mohr hatte auch schon angedroht ,die Vorlesung bei weiteren"Störungen" für das WS ausfallen zu lassen. Dieses teach-in wurde von etwa 5o ermanisten besucht ,vondenen 15 Mitgleider der Basisgruppe waren.- Nach dem 4.Mohr-Besuch fand am 23.11. ein Gespräch mit dem Dekan(Bausinger) und einigen Lehrenden der Phil Fak statt.Man machte uns- es waren auch Mgl. anderer Basisgruppen anwesend Vorwürfe wegen der GOins:illegal,Terror, inhuman etc.(Inzwischen war auch Tenbruck belästigt worden und hatte sofort die V rlesung und zwei soziologische Seminare abgebrochen. Er schrieb in einer Erklärung :" Sobald ich die " erzeugeung gewonnen habe,dass ich wieder von der Lehrfreiheit gebrauch machen kann, werde ich die Veranstaltungen wieder aufnehmen."- Vor Weihnachten wird das wohl kaum noch der FALL sein.)Die Bereitwchaft der anwesenden Lehrenden zur Diskussion der von uns angeschnittenen Fragen auf einem teach- in der Phil- Fak wurde an die Bedingung geknüpft, dass die Basisgruppen verbindlich auf weitere go-ins verzischten. Dieses Junktim wurde von uns abgelehnt . Inzwischen l gen bei reis von MOHR- Hörern gefasste esolutionen vor die Diskussion und grundlegende Ändereungen der Insitution V rlesung forderten.-Am 27.11. wurde auf einem teach-in zusammen mit Mitgliedern anderer asigruppen diskutiert, ob ein weiteres GO-in bei Mohr gemacht werden solle. Die Bürokratie hatte schon mit der Schliessun der Fakultät Rektor Räiser sogar mit der Schliessung der Uni gedroht. ?an beschloss da Akti nender Psychologen geplant waren, bei den Germanisten(Scheinbar) Ruhe zu geben.Eine Schliessung des deutschen Seminars, der Phil. Fak oder gar der Uni wäre für uns angesichts unserer schmalen asis bei den Studenten Selbstmord.-Am 28.11 gab der Dekan den Mohr hörern bekannt, dass Mohr auf sein und des Rektors Anraten seine Vorlesung für das ganze Semster abgesetzt habe. Am 29.11. wurde mit einigen interssierten Mohr - Hörern die Bildun von Arbeitskreisen besprochen.

Die beiden Vorlesungsstunden sollen ab sofort Informations-und Koordinationszentrum aller Arbeitsgruppen sein.
Am 2.12. fand ein für die PhilFak geplantes, jedoch nur für die Germanisten angekündigtes Teach-in statt. Ziegler wies in einem Beitrag auf die Vielfalt der anstehenden Fragen hin, für deren Bewältigung ein Freisemester nötig sei.
Als das in einer Resolution aufgegriffen wurde, distanzierte er sich wieder davon. Anschließend an das Teach-in wurde noch eine Sitzung zur Organisiereung der interessierten Studenten veranstaltet. Bisher haben wir etwa dreißig neue Studenten erreicht.
Noch ungelöst ist die Frage, wie der Beschluß der eingangs erwähnten Vollversammlung mit den zahlenmäßig noch schwachen Basisgruppen über längere Zeit hin durchgeführt werden kann.
Dazu ist am 14./15.12. eine Diskussion aller Basisgruppen und der SDS-Hochschul-Projektgruppe(bestehend aus Delegierten aller Basisgruppen, Vertretern anderer Projekte, z.B. Justizkampagne und einigen nirgends direkt engagierten Genossen) geplant.

Adressen:

1) Basisgruppe Germanistik
Volker Jansen, 74 Tübingen, Hafengasse 1

2) Hochschul-Projektgruppe
Uli Hausmann, 74 Tübingen, Clinicumsgasse 6

3) Justizkampagne(AStA-Justiz-Referent)
Dieter Jellinghaus, 74 Tübingen,Nordring 37,Z.412

4) neue Gruppenadresse
Holger Klotzbach, 74 Tübingen, Hafengasse 1

5) Arbeitsgruppe Lateinamerika
Peter Winterhagen, 74 Tübingen, Kronenstr.9

6) Arbeitsgruppe Ökonomie
Wotan Brass, 74 Tübingen, Pfleghofgasse, Pfleghof

Wichtig!

Über die Basisgruppe Germanistik sind zu beziehen:
a) P.M.Roeder: Sprache, Sozialstatus und Schulerfolg(Zur Sozio-Linguistik) 2o Pfennig
b) Arbeitspapier zur Gruppendynamik(von freiburger Gen.verfaßt)2o Pf.

Wir bitten die anderen Gruppen, ihre Gruppenadressen, Projekt-und Basisgruppen-Adressen und mögliches Informations-und Arbeitsmaterial mit Bezugsquelle und Preisen anzugeben.(Schnell an BV schicken, wir werden die Dinge im INFO veröffentlichen!)

Beim Aufräumen gefunden...

Antrag der Gruppe Tübingen zur DK 1951:
Die Delegiertenkonferenz wolle beschließen: Die in der sozialistischen Jugendbewegung aller westeuropäischen Länder und bei den deutschen"Falken" gebräuchliche Tracht(blaue Hemden und rote Binder) wird auch im SDS eingeführt,d.h., sie sollen nach Möglichkeit bei Anlässen, bei denen einzelne Gruppen des Bundes geschlossen auftreten, von den Mitgliedern getragen werden.
Begründung: Nachdem die sog. studentischen Korporationen mehr und mehr dazu übergehen, bei internen Veranstaltungen, aber auch in der Öffentlichkeit ihre "Farben"zu tragen, um sich so demonstrativ von großen Teilen des Volkes zu distanzieren, scheint es durchaus angebracht,daß wir durch unsere Tracht unsere Verbundenheit mit der sozialistischen Jugend und der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen...

Saarbrücken Rektorratsbesetzung

Die Besetzung d s Rektorates zeigt,dass die Mobilisierung der Studenten auch an kleineren Universitäten nicht notwendig alle Phasen der Auseinandersetzung an den Massenuniversitäten zu reproduzieren braucht um die Widersprüche der eigenen Univesität zu aktualisieren. Gerade der bornierte Brief des Rektors zeigt die Übereinstimmung der Haltung der Professoren an allen Universitäten. In Saarbrücken wohnt Dorle,daher ist daalles anders!

Professorenbrief(veröffentlicht am 11,12.)

STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

"75 Mitglieder des Lehrkörpers unserer Univesität haben unter strengster Geheimhaltung ein Schreiben an den Ministerpräsidenten und den Kultusminister des Saarlandes gerichtet,aus dem uns folgende wörtliche Zitate bekannt geworden sind:
Die Herren Gerke und Kirchberger haben versucht,die Studenten durch eine Fülle z.T. gezielter Fehlinformationen zu radikalisieren,um eine ordnung gemäße Abhaltung des Konzils unmöglich zu machen und eine Reform zu verhindern,die dem extremen und jedenfalls zum Teil grundgesetzwidrigen Forderungen radikaler Gruppen nicht entspricht."..."Durch Direktorratsbesetzung sollten ein spektakulärer Erfolg der radikalen,das Eingreifen der Polizei und dadurch eine Solidarisierung der Studenten zu gunsten der Radikalen erreicht werden,an der es,wie der Streik gezeigt hat,bisher gefehlt hat.
Lediglich dem persönlichen Einsatz des Rektors und der Besonnenheit des größeren Teils der Studenten war es zu verdanken,daß es nicht zu Gewaltakten kam,und daß die zur Verteidigung des Rektorats ohne Polizeieinsatz dort versammelten Mitglieder des Lehrkörpers nicht tätlichen Angriffen ausgesetzt wurden,
Das Bild liesse sich durch eine ganze Reihe von Vorfällen ergänzen,welche die gleiche Tendenz bei den Leitern der Studentenschaft,das gleiche Mißverhältnis zu unserer demokratischen Rechtsordnung und den Regeln des Anstandes zeigen.
Die unqualifizierten und beleidugenden Äußerungen gegenüber dem Lehrkörper und einem Rektor,der monatelang um einen Kompromiß mit den Studenten bemüht war,sind Legion."...
"Der Zweck ist offensichtlich:Die im ordnungsgemäßen Verfahren verabschiedete Verfassungsänderung soll hinausgezögert werden;der Gesetzgeber soll veranlasst werden,sich bei der Änderung des Universitätsgesetzes nicht auf die sachlich gebotenen Reformen zu konzentrieren, sondern die extremen Forderungen zur Verstärkung studentischer Machtposition zu verwirklichen.Nach der SZ hat das mit 5o% Beteiligung der Studenten gewählte studentische Parlament am 1o.11.68 in beträchtlicher Übereinstimmung mit SDS-Wortführer Wolff geschlossen,den harten Kurs gegen die nahezu einstimmig verabschiedete Verfassungsänderung beizubehalten.
Wir sehen mit großer Besorgnis,daß die schon jetzt gefährdete Freiheit der verfassungsrechtlich gesicherten Forschung und Lehre weiterhin bedroht wird.Die Funktionsfähigkeit der Universität ist schon jetzt berührt.Weitere unqualifizierte Angriffe einer Reihe von radikalen Studenten,des ehemaligen und des jetztigen Präsidenten der Studentenschaft um die Notwendigkeit zu einer permaneneten Verteidigung gegen rechtswidrige Angriffe würden den Lehrkörper daran hindern,seinen dienstlichen Verpflichtungen nachzukommen.Die Folgen in der Forschung,vor allem aber in der Lahre,werden sich bald auch einer weiteren Öffentlichkeit zeigen,sie werden sich bei der Ausbildung,wie in den Kliniken mehr und mehr bemerkbar machen.

Wir halten es für unsere Plicht, Sie, sehrverehrter Herr Ministerpräsident auf die drohenden Folgen von Vorfällen der oben geschilderten Art aufmerksam zu machen. Wir möchten mit aller Entschiedenheit vor dem Glauben warnen, daß eine Befriedung der Universität durch ein Eingehen auf extreme und radikale Forderungen zu erzielen ist, die zum Teil verfassungswidrig sind, und die -wie die Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen- zu dem noch ständig wechseln. Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung sind wir, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Ihre sehr ergebenen ..."

Rektoratsbesetzung Saarbrücken

Im vorigen Semster wurde auf Initiative der Ordinarien in einer Konzilskommission (Konzil = großer Senat) unter Mitwirkung der beiden Asta-Vertreter ein "Reform"-Plan ausgearbeitet.
Einzige Neuerung des Entwurfs: Neubesetzung des Konzils (115/95/1oo/1oo). Proklamation der Ordinadien: Interimslösung als Ausgangspunkt für weitere Reformen. Da die grundsätzlichen Forderungen der Studenten wie Öffentlichkeit und paritätische Mitbestimmung in allen Gremien nicht berücksichtigt wurden, kündigten die Asta-Vertreter ihre Mitarbeit in der Kommission auf.
In teach-ins und Vollversammlungen (ständig von mindestens 1ooo von 6ooo Studenten besucht) und im Studentenparlament (26:2 Stimmen) wurde der sog. "Jahresentwurf" abgelehnt.
Die Agitation gegen den Entwurf wurde zunächst hauptsächlich vom Asta getragen, uns gelang es während der ganzen Zeit nicht, die formalen Hochschuldebatten um Paritätsschlüssel etc. zu politisieren. Immerhin gelang es, die angebliche Gutwilligkeit der Ordinarien (Rektor Maihofer bezeichnete sich selbst als Sozialisten) so unglaubwürdig zu machen, daß unserem Aufruf, die Verabschiedung des Entwurfs zu verhindern, 3oo Studenten folgten. (18.11.68). Die Professoren flüchteten daraufhin in Bussen ins 3o km entfernte Homburg (medizinische Fak.), wir setzten in etwa in 3o PKWs nach, wurden jedoch am Eindringen durch die Ordinarien gehindert, die Ketten bildeten, um sich schlugen und Tränengas sprühten. Eine Hundertschaft der Polizei stand einsatzbereit hinter der nächsten Ecke.
Am nächsten Tag beschloß ein teach-in einen vorerst unbefristeten Streik, aus dem wir jedoch keine weiteren Aktionen -von ein paar Vorlesungssprengungen abgesehen- entwickeln konnten.
Der Asta rief zu einer Demonstration auf, "um die Öffentlichkeit auf die studentischen Forderungen aufmerksam zu machen", was aber die Studenten (etwa 1ooo) auch nur weiter frustrieren mußte, da sie folgenlos blieben. Da während dieser Streikbewegung weder politische Inhalte vermittelt werden konnten, noch eine inhaltliche Wissenschaftskritik organisiert werden konnte, fielen die mobilisierten Studenten bald wieder in Apathie zurück.
Die Ordinarien witterten Morgenluft und fühlten sich stark genug, den beiliegenden, untertänigen Brief an den Ministerpräsidenten zu schreiben. Daraufhin besetzten wir am 11./12. mit 3o Genossen ohne vorherige Ankündigung, aber unter gleichzeitiger Verteilung beiliegender Flugblätter das Rektorat, um dort für unsere weitere Strategie mit den Studenten zu diskutieren. Nach mindestens zehn Ultimaten (Einsätzen des technischen Personals, Androhung von Strafanzeigen etc.) traf endlich nach 11-stündigem Aufenthalt im Rektorat eine Hndertschaft der Polizei ein, um uns hinauszutragen.
Am nächsten Tag erklärten wir auf einem teach-in anwesenden Studenten mit großer Mehrheit die Rektoratsbesetzung für berechtigt.
Dies zunächst nur als konkretistische Schilderung der Vorfälle, eine Analyse unserer Situation im nächsten Info. -Venceremus

Flugblatt zur Besetzung (11./12.)

Radikalisieren -ordnungsgemäße Abhaltung des Konzils -Reform zu verhindern- extrem- grundgesetzwidrige Forderungen- radikale Gruppen- tätliche Angriffe- demokratische Grundordnung- Regeln des Anstandes- unqualifizierte und beleidigende Äußerungen- studentische Machtpositionen -harter Kurs- gefährdete Freiheit- Funktionsunfähigkeit der Universität- unqualifizierte Angriffe- dienstliche Verpflichtungen- unsere Pflicht- sehr verehrter Herr Ministerpräsident- drohende Folgen -extrem und radikal- verfassungswidrig- ausgezeichnete Hochachtung- Ihre sehr ergebenen

Kurzfassung eines Briefes von bisher 75 Professoren an Röder und Scherer

Da durch diesen Brief die breite Protestbewegung gegen den Jahr-Entwurf als kleine radikale Minderheit diffamiert und so die "Reform" als Werk der ganzen Universität dargestellt werden soll, da in diesem Brief die Studenten als kriminell oder als von wenigen Rädelsführern manipuliert hingestellt werden, da in dieser devoten Anbiederung an den Ministerpräsidenten vor allem mit dem Argument gearbeitet wird, der Widerstand der Studenten sei nicht ernst zu nehmen und weitere Zugeständnisse seien daher unnötig, und da anscheinend die Beschlüße und Aktionen der letzten Zeit (teach-ins, streik, Demonstrationen) nicht deutlich gemacht haben, wie entschloßen die Mehrheit der Studenten für wirkliche Veränderungen an der Universität eintritt, da also weitergehende Aktionen haben wir soeben das Rektorat besetzt.

Wir haben die Besetzung des Rektorats nicht vorher angekündigt, weil wir nicht -wie beim letzten teach-in- riskieren wollten, daß rechtzeitig ein Verteidigungsdruck ins Rektorat abkommandiert wird und so die versammelten Studenten vor dem Dilemma stehen, entweder gewaltsam ins Rektorat zu gehen (Maihofer:"ein friedliches go-in wird es hier nicht geben.) und später als Rabauken hingestellt zu werden, oder: nichts zu tun. Und daß die Vermeidung einer Prügelei von Professoren nicht als taktischer Aufschub, sondern als Schwäche sondern als Schwäche und mangelnde Entschloßenheit der Studenten ausgelegt wird, beweist gerde dieser Brief.

Wir stellen folgende Forderungen:

1.)der Rektor distanziert sich entschieden von diesem Brief und korrigiert in einer offiziellen Erklärung die falsche Darstellung der Lage an der Universität durch seine Kollegen.

2.)der Rektor beruft so schnell wie möglich ein neues Konzil ein. Er sagt zu,auf das Konzil, daß es die Jahr-Verfassung zurücknimmt und erste Maßnahmen zur Kollegialisierung der Institute eingeleitet (etwa durch Bildung von drittelparitätischen Institutsräten, die autonome Satzungen für die einzelnen Institute schließen).

3.) Der Rektor sichert zu, auf den Landtag dahingehend einzuwirken, daß kein detailliertes Hochschulgesetz, sondern lediglich ein Rahmenplan verabschiedet wird, in dem gewährleistet wird, daß die von den Instituten beschloßenen Satzungen verwirklichtwerden.

Wir bleiben im Rektorat, bis unsere Forderungen erfüllt sind oder bis eine Studenten-Vollversammlung zu dem Ergebnis kommt, daß eine weitere Besetzung zwecklos ist.

Wenn Sie meinen, daß wir einige heilige Kühe schlachten sollten, um durch solche Begrenzte Spielregelverletzungen zu verhindern, daß wir unsere Absicht durch die Professoren interpretieren lassen, kommen Sie ins Rektorat, helfen Sie die Besetzung aufrecht zu erhalten und d iskutieren Sie dort mit uns über unser weiteres Vorgehen.

Ein Teil der kleinen und radikalen und extremen
und kriminellen und verfassungswidrigen Minderheit

MÜNCHEN/ULM Offener Brief an den SDS der HfG Ulm

Projektgruppe "Kulturrevolution" im Berufsverband bildender Künstler (BBK)

München, den 4. Dez. 1968

Offener Brief an den SDS der HfG Ulm

" Im Grunde sind jene hohen Kunstakademien wenig mehr als Versorgungsanstalten für Professoren, deren Zunft noch lange gebraucheh wird, ehe sie ihre isolierte Stellung dem Volke gegenüber erkennen. "
(Gottfried Semper, 1852)

Die Zeitungen schreiben wieder einmal über die HfG - und die Moralisten werden sentimental, weil sie i h r e Schule, die einzige in Deutschland, sterben sehen.
Soll sie doch verrecken, setzt sie unter Kölnisch Wasser.....

Die Einzigartigkeit der HfG hat die Beteiligten in eine elitäre Zwangsvorstellung gedrängt, deren Isolation ermöglichte es den Initiatoren dieser Schule erst, den Aufgabenbereich der Studenten auf reine "Produktkosmetik zu beschränken. Die Bereitschaft, sich der TU Stuttgart anzugliedern, um "durch Koordinierung mit Stuttgarts TU die schöpferische Unabhängigkeit (zu) erhalten" (SZ vom 4.12.68), kann nur als die ahistorische Konsequenz ihres isolierten politischen Anspruchs, durch Umweltgestaltung die Gesellschaft zu verändern, verstanden werden.

Die Studentenschaft der HfG und mit ihr auch der SDS hat es nicht verstanden und bewußt versäumt, ihre Probleme im Rahmen einer kritischen Öffentlichkeit mit anderen Kunst- und Kunstgewerbeschulen zu diskutieren und zu solidarisieren. Der entscheidene Fehler liegt nicht zuletzt darin, daß auch heute noch geglaubt wird, die HfG habe i h r eigenes Hochschulproblem.

"Die HfG muß sterben"..., wenn die Beteiligten es nicht schaffen, aus der Isolation heraus mit den entsprechenden Berufsverbänden und anderen Interessengruppen praktisch und theoretisch zusammenzuarbeiten.

Wir fordern den SDS und die Studentenschaft der HfG auf, eine Kampagne zur Besetzung der HfG einzuleiten, bei der Vertreter von allen Kunst- und Kunstgewerbeschulen sowie sämtlichen Kunstakademien (einschl. Westberlin) die Probleme ihres gemeinsamen Tuns klären sollen, um sie d nn in einem Modell bis zur Neugründung zu praktizieren und darüber hinaus verbindlich fortzusetzen.
Es kann nicht in unserem Interesse liegen, nur eine Schule umzugestalten, unsere gemeinsame Aufgabe besteht vielmehr darin, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, daß neue Hochschulmodelle praktiziert werden können,

Für den Asta der Akademie für bildende Künste
gez. Wieland Sternagel

Für die Projektgruppe Kulturrevolution im BBK
gez. Will Wieprsek

BASISGRUPPE SOZIOLOGIE ZUR GRÜNDUNG DES SPARTAKUSSEMINARS

Die Frankfurter Soziologie beansprucht kritische Theorie der Gesellschaft zu sein, welche die Gesellschaft als veränderbar darstellt und politisch bewußte Intelligenz ausbildet. Die kritische Theorie der Adorno, Habermas und Friedeburg ist jedoch so krotisch, daß sie der politischen Studentenbewegung bislang nur in den Rücken gefallen ist. Die kritische Theorie ist so autoritär organisiert, daß ihr soziologischer Wissenschaftsbetrieb den Studenten keine Chance zur Selbstorganisation des Studiums einräumt. An anderen Universitäten, am OSI in Berlin, am psychologischen Seminar in Hannover können die Studenten längst die Forschungs- und Lehrinhalte, die Finanzierung etc. mitbestimmen. Doch die professionellen kritischen Theoretiker Frankfurts hocken auf der Freiheit von Forschung und Lehre wie auf ihrem Privateigentum, sie schließen die Lernenden aus der Freiheit von Forsschung und Lehre aus.

Die professionellen kritischen Kritiker der Frankfurter Schule legen mit theoretischer Beflissenheit linke theoretische Bekenntnisse ab. Im Spiegel gegen Schütte ein Scheingefecht zu führen, bedeutet nur zu verschleiern, daß die Auseinandersetzung nur im praktischen Kampf geführt werden kann. Schon auf die Andeutung hin, daß wir diesen Kampf aufnehmen wollen, reagieren sie wie auf eine Naturkatastrophe, schaffen ihre Akten beiseite und privatisieren damit endgültig ihre kritische Wissenschaft. Wir haben diesen Zustand satt: Wir haben es satt mit den kritischen Ordinarien über Hochschulreform zu diskutieren, ohne daß den Studenten eine Kontrolle über die Produktivkraft Wissenschaft zugestanden wird. Die Beispiele in Berlin und Hannover haben gezeigt, daß man die Verhältnisse an der Hochschule ändern muß und ändern kann. Wir haben es satt, uns in Frankfurt zu halbseidenen politischen Linken ausbilden zu lassen, die nach dem Studium das integrierte Alibi des autoritären Staates abgeben.

Hochmütig vom Stand ihrer Ordinarienprivilegien aus werfen die Frankfurter Ordinarien ihren Studenten vor, ihr Protest sei inhaltsleer und ohne kritisches Gegenkonzept; sie ignorieren, daß die autoritäre Organisation ihrer Lehrveranstaltungen und leistungsdiktatorisches Prüfungssystem es sind, die uns zu friedlichen Dummköpfen ausbilden. Wir nehmen die Auseinandersetzung mit den Professoren und die sofortige Umorganisation des Soziologiestudiums am

F r e i t a g , d e n 5. 12. u m 19. U h r H VI
in einer
V o l l v e r s a m m l u n g d e r S o z i o l o g e n

noch einmal auf. Wir werden dort diskutieren:

1) Die Möglichkeit einer Satzung, die den Studenten eine Mitkontrolle über die inhaltlichen Forschungs- und Lehrstrategien sichert.

2) die Möglichkeit einer vorläufigen Aussetzung des soziologischen Lehrbetriebs wie er bislang ablief und die gemeinsame Organisation von Forschungs- und Lehrkollektiven, welche die autoritären Lehrsituationen abbauen und eine neue Lehr- und Forschungsstrategie entwerfen. Diese gemeinsamen Arbeitsgruppen müssen als ordentliches Studium anerkannt werden.

Wir haben keine Lust, die linken Idioten des autoritären Staats zu spielen, die kritisch in der Theorie sind, angepaßt in der Praxis. Wir nehmen den Anspruch Horkheimers ernst:

> "Die revolutionäre Karriere führt nicht über Bankette und Ehrentitel, über interessante Forschungen und Professorengehälter, sondern über Elend, Schande, Undankbarkeit, Zuchthaus ins Ungewisse, das nur ein fast übermenschlicher Glauben erhellt. V O N B L O S S B E G A B T E N L E U T E N W I R D S I E D A H E R S E L T E N E I N G E S C H L A G E N. "
>
> (Heinrich Regius, Dämmerung, Zürich 1934, S.73 f.)

Streikkomitee Myliusstr.: SPARTAKUS-SEMINAR

DIE UNIVERSITÄT GEHÖRT UNS!

Zur Unterstützung der Kommulitonen an der AFE haben die Soziologen am lezten Freit g einen Solidaritätsstreik beschlossen. Gleichzeitig ist damit begonnen worden, die Organisation des Seminars selbst in die Hand zu nehmen. Wir organisieren den praktischen Widerstand gegen die technokratische Hochschulreform, bevor sie uns überrollt.
In der Vollversammlung am Dinstag wurde für die UNGRENZTE FORTSETZUNG DES AKTIVEN STREIKS folgende Beschlüsse gefasst:

Die Studetnen organisieren einen eigenen Forschungs- und Lehrbetrieb, der wesentlich auf den politischen Erfahrungen der Protestbewegung bezogen ist. Dabeisoll möglichstnicht autoritäre Lernformen entwickelt werden.
Den Professoren des Seminars wercen drei MINDESTFORDERUNGEN der Studenten als Verhandlungsbasis vorgelget:
1. Annerkennung des Studiums in den Arbeitsgruppen bis zum Abschlusss einer neuen Satzung. Aussetzung des Vordiploms.
2. Verzicht auf ihre Ordinarienprivilegien bei formaler Weiterverwlatung der Lehrstühle; ein künftiges Entscheidunssgremium wird mindestens halbparitätisch besetzt sein.
3. Salvatorische Anerkennung eines reinen tudentischen Arbeitsbereiches dem mindestens 3o% des Seminarhaushaltes zur Verügung stehen.

Bis diese Forderung erfüllt werden, organisieren die Studetnen Kampfassnahmen, wie die Besetzung des Seminars.
Bisjetzt sind folgende Arbeitsgruppen organisiert:
1. Rekonstruktion revolutionärer Theorie; 2. Qualitative Inhaltsanalyse; 3. Organisation und Emanzipation; 4. Berufschancen der Soziologen (Ha) 5. Materi l tsche Erkenntnistheorie; 6. Marxistische echtsphilosophie 7. Autoritärer Staat und Staatsrecht; 8. Autorität und Kommunikation; 9. Sozialisation 1o. Polit sche Ökonomie; 1o. Kriminalität und Kriminologie!
DIE UNIVERSITÄT GEHÖRT UNS!

NEGATIVKATALOG DER SOZIOLOGEN

Wir erwarten, daß die Soziologie Professoren der phil Fak. den Streik der Soziologiestudenten unterstützen, weil er im Interesse einer grundlegenden Neuorganisation des oziologiestudiums notwendig ist.

Diese Notwendigkeit begründet sich durch drei unabweisbare Gesichtspunkte:
1. Der Widefspruch zwischen dem praktischen Selbstverständnis kritischer Soziologie und der privat arbeitsteiligen Anarchie ihrer gegenwärtigen Organisation erfordert von uns allen - Studenten, Lehrstuhlinhabern, und wissenschaftlichen Mitarbeitern - eine grundlegend neue Organisation des soziologischen Studiums, die auf die praktische Vermittlung von sozialen Berufschancen und politischer Tätigkeit zielt.

Diese Neuorganisation verlangt eine Reflektion darauf, welche theoretische und politische Arbeit für die Beseitung spätkapitalistischer Herrschaftsformen, wie sie durch die studentische Protestbewegung der letzten Jahre erst richtig deutlich geworden sind, objektiv geleistet werden muß, und wie diese Arbeit ihre angemessene materielle Entschädigung finden kann.

2. Gerade für unsere Wissenschaft läßt sich eine gründliche und praktisch folgenreiche Auseinandersetzung mit den wachsenden Bestrebungen einer allgemeinen technokratischen Studien- und Universitätsreform nicht mehr länger aufschieben. Diese Auseinandersetzung muß sich gemäß der Intentionen unserer Wissenschaft, sowohl auf die Aufhebung der bisherigen fakultätsmäßigen Arbeitsteilung wie auch auf die gesamtgesellschaftlichen Implikationen und Funktionen anderer bisheriger Berufsbilder erstrecken, so z. B. der Lehrer, der Juristen und ihrer bisherigen Ausbildung.

3. Diese Auseinandersetzung muß ferner notwendig auch die institutionelle Organisation der soziologischen Institute einschließen, in der die Studenten als gleichberechtigte wissenschaftliche Produzenten denen eine Kontrolle über die Produktivkraft Wissenschaft zusteht; dies hat unmittelbar zur Konsequenz die Anerkennung ihrer Selbstbestimmung sowie die Abschaffung des überlieferten ständischen Ordinarienprinzips.

Eine solche notwendige, grundlegende wissenschaftliche Reflexion über eine Neuorganisation von Instituten, Lehr- und Forschungsbetrieb hat reelle Chancen auf Erfolg nur dann, wenn sie sich in einem entsprechenden Bewegungsspielraum vollziehen kann, d.h. wenn der routinierte Lehrbetrieb aus diesen grundsätzlicheren Erwägungen heraus zunächst einmal ausgesetzt wird und die Arbeit der Neuorganisation des soziologischen Studiums sofort in einer experimentellen politischen und wissenschaftlichen Praxis begonnen wird. Diese hat die satzungsmäßige zu institutionalisierende Sozialisierung von Forschung und Lehre zum Ziel.

Daraus ergeben sich für die erste Phase der Neuorganisation des soziologischen Studiums, der Erarbeitung neuer Lehr- und Forschungsstrategien, bis zum Abschluß einer neuen Satzung für das soziologische Seminar folgende Forderungen an die Ordninarien:

Wir, die Ordinarien des soziologischen Seminars Myliusstr., erklären daher folgendes:

1. Wir treten dafür ein, daß das Wintersemester 68/69 vollgültig als Studiensemester anerkannt bleibt. Für die in den Kursen und Projektgruppen der Studenten bis zum endgültigen Abschluß einer Satzung geleistete Arbeit, werden wir wie für die bisherigen Seminare und Übungen Scheine ausfüllen; denn wir sind der Meinung, daß diese Arbeit, die in der Präambel genannten elementaren Bedürfnisse mitsamt ihren vielschichtigen Konsequenzen zu artikulieren, eine gültige wissenschaftliche Leistung darstellt.

Wir setzen uns ab sofort dafür ein, daß die Vordiplomprüfungen bis auf weiters ausgesetzt werden.

12. Personelle Entscheidungen über vakant gewordene Lehrstühle und die Einstellung weiterer Angestellter und Mitarbeiter werden vorerst aufgeschoben, keine weiteren Forschungsvorhaben in Gang gesetzt. Bis auf weiteres werden wir die formale Verwaltung unserer Lehrstühle jedoch wahrnehmen.

Dadurch soll auch von unserer Seite klar zum Ausdruck gebracht werden, daß in einem künftigen satzungsmäßig neuorgansisierten Seminar über alle sachlichen und finanziellen Mittel, die für die soziologische Forschung und Lehre notwendig werden, von einem Gremium entschieden werden muß, das nicht von den wissenschaftlichen Angestellten und vertraglichen Mitarbeitern und uns Lehrstuhlinhabern majorisiert werden kann.

3. Die Neuorganisation des Seminars muß in diesem Sinn garantieren, daß die Studenten in einem von ihnen selbst organisierten Bereich gleich berechtigt eigene Lehr- und Forschungsvorhaben durchführen können. Für diese Vorhaben müssen den Studenten die notwendigen sachlichen und finanziellen Mittel sowie die Mittel, die für die wissenschaftlichen Hilfskräfte benötigt werden, zur Verfügung gestellt werden. Diese betragen mindestens 30% des gesamten zur Verfügung dtehenden Seminarhaushaltes.

H A B E R M A S u. a. A N T W O R T E N

Wir unterstützen den Protest unserer Studenten gegen Gefahren einer technokratischen Hochschulreform, vor denen wir seit Jahren warnen. Freilich darf dieser Protest nicht von klar definierten Zielen einer Veränderung gerade des institutionelllen Rahmens absehen, der durch ein neues Hochschulgesetz festgesetzt wird.

Wir begrüßen ferner, daß die vereinzelten Initiativen von studentischen Gruppen, für eine didaktische und inhaltliche Neuordnung ihrer Studiengänge Konzepte zu erarbeiten, nun ein weites Echo gefunden haben. Wir bekräftigen unser wiederholt erwiesenes Interesse daran, die unerträglichen Bedingungen des Massenstudiums zu verändern, einen Lehrbetrieb zu schaffen, der den Bedürfnissen der Studierenden ebenso gerecht wird wie den immanenten Anforderungen unserer Wissenschaft. Das kann nur durch eine kontinuierliche und breite Diskussion aller Beteiligten erreicht werden. Die Arbeits- und Projektgruppen der Studenten, die sich in den letzten Tagen gebildet haben, sind dazu ein erster Schritt. Wir wollen nicht, daß diese Initiative scheitert.

Ein Teil der Studenten verknüpft aber die berechtigten Wünsche mit Forderungen, die weder grundsätzlich noch politisch gerechtfertigt werden können. Der sogenannte 'Negativkatalog' hat ausschließlich propagandistischen Stellenwert. Er dient einer Taktik der Konfrontation um jeden Presi, der zur Selbstzerstörung führen muß. Zu den einzelnen Forderungen:

1. Studienleistungen, die für die Dozenten des Fachs erkennbar und nachprüfbar sind, werden wie bisher durch Scheine bestätigt, wenn sie Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens genügen.

2. Mit der Grundsatzdiskussion über Inhalt und Form des Studienganges in der Soziologie muß selbstverständlich auch die gegenwärtige Diplomordnung in Frage gestellt werden. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß überhaupt die Abschaffung des soziologischen Diplomstudiums überlegt werden sollte. Eine Änderung der Prüfungsordnung ist jedoch nach geltendem Recht nur durch gemeinsamen Beschluß der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät möglich. Das Vordiplom kann nicht ausgesetzt werden, wenn damit gemeint ist, daß die prüfungsberechtigten Hochschullehrer prüfungsbereiten Kandidaten, die den Anspruch darauf haben, ein Vordiplom abzulegen, die Prüfung verweigern sollen.

3. Das Vorschlagsrecht für die Berufung auf Lehrstühle liegt heute bei der Fakultät. Nur ein neues Hochschulgesetz kann das ändern. Die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Angestellten des Seminars ist Sache der Direktoren. Diese Kompetenzen können und sollen in einer künftigen Seminarordnung neu geregelt werden. Bis dahin halten wir uns an die bestehenden Regelungen.

Wir sehen in der Kürzung des Studiums auf 6 Semester den eindeutigen Versuch, billigere Lehrer im Schnellverfahren zu produzieren, und das bei gleichzeitig steigenden Berufsanforderungen, wie sie sich aus der Gesamtschulkonzeption ergeben. Unsere erste Vollversammlung wurde ignoriert. Wir beschlossen daraufhin auf einer zweiten Vollversammlung, den Lehrbetrieb zu boykottieren und satt dessen im Arbeitskreisen unser bisheriges Studium zu analysieren und neue Formen und Inhalte zu konzipieren.
Nun hatte Schütte plötzlich Zeit: in Wiesbaden wollte er hinter verschlossenen Türen mit vier Studentenvertretern mauscheln. Darauf haben wir uns nicht eingelassen. Wenn Schütte wirklich Zeit hat, dann kann er auch hier in Frankfurt mit uns sprechen, und zwar mit uns allen.
Unsere Forderungen sind klar:
Wir fordern ein Studium von mindestens acht Semestern, denn wir haben es satt, in einem gestrafften und verschulten Kurzstudium zu autoritätsgläubigen und unkritischen Lehrern ausgebildet zu werden, denen wir unsere eigenen Kinder nicht überlassen würden. Wie sollen wir zu unabhängigem und kritischem Denken erziehen, wenn wir selbst in eine unkritische Abhängigkeit gezwungen werden? Wie sollen wir in der Schule Herrschaftsstrukturen durchsichtig machen, wenn sich unser eignes Studium unter den Zwängwn einer starren Herrschaftsstruktur vollzieht?
Wir sollen in unserem Studium diszipliniert werden, damit wir später auch unsere Schüler disziplinieren. Wer sich nicht durch Scheine und Anwesenheitslisten disziplinieren läßt, wer sich nicht mit einem Studium von 6 Semestern begnügen will, wer an isolierten Informationsbrocken aus voneinander abgekapselten Fächern nicht interessiert ist, sondern nach der Bedeutung dieser Informationsbrocken fragt, nach ihrem Zusammenhang und nach ihren Anwendungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, dem droht nach den Plänen der Westdeutschen Rektorenkonferenz die Zwangsexmatrikulation nach spätestens 8 Semestern. Herr Dichgans, Mitglied des Gesprächskreises der Wissenschaft und Wirtschaft, schlägt sogar eine Zwangsexmatrikulation nach 7 Semestern vor und begründet es noch offener:
"Es muß in das Bewußtsein aller Professoren und studenten eingehen, daß ein Student, der sich Sondervorteile auf Koseten der Allgemeinheit verschafft, deshalb ebenso zu beurteilen ist wie etwa ein Versicherter, der ein Übermaß an Kuren und Erholungsaufenthalten in Anspruch nehmen will. Um diese psychologische Wirkunh zu erreichen, sollte mit dem Studienbeginn sofort das Studienende verknüpft werden... während des Studiums muß den Studenten immer wieder begebracht werden, daß zu jeder Aufgabe auch eine Zeitbegrenzung gehört. In der späteren Berufspraxis stehen die Arbeiten unter Zeitdruck. Wenn ein chemisches Großunternehmen ein Problem zu lösen hat, so darf es darauf nicht mehr Zeit verwenden als die Konkurrenz, um im Wettbewerb nicht zurückzufallen" (Zit. nach S. Leibfried "Die nagepasste Universität", S. 49.)
Es besteht ein schlichtes Interesse daran, auf möglichst konfliktfreiem und reibungslosem Wege einen höheren Ausstoß an einwandfrei funktionierenden Lehrern herbeizuführen.
Das Ganze wird durch die Schönsten Worte verschleiert, die Minister, Abgeordnete, Professoren und Wirtschaftsbosse genüßlich im Munde herumwälzen. Hinter dem Geschwafel von "Demokratie" und "Chancengleichheit" wird zielstrebig an dem Versuch gehäkelt, den Produktionsbetrieb Hochschule denen vorzuenthalten, ohne die

dieser Produktionsbetrieb eine leere Hülse ist:den Studenten. Der Angriff auf das AFE-Studium ist nur ein Modellfall für diese Hochschulreform von oben .
Schütte hat offen und treuherzig bestättigt,was wir schon von Dichgans wissen.Er sagte:"Wiekönnen wir hier von einer Verlängerung des Studiums auf acht Semester reden,wenn es doch überall um eine Verkürzung und Straffung des Studiunsgeht" (FR,7.12.68).Die technokratische Hochschulreform mit ihrem Ziel,der Wirtschaft Einwand frei funktionierende Arbeitskräfte zu verschaffen,beschränkt sich nicht auf die AFE. Zahlreiche andere Fakultäten und Fachschaftem hatten diesen Angriff und seine Bedeutung für ihr eigenes Studium erkannt.Deshalb hatten sie sich unserem Streik angeschlossen.

Flugblatt der Fachschaft AFE,Basisgruppe AFE vom 4.12.68

STREIK AN DER AFE

Auf der gestrigen Vollversammlung(3.12.68)wurde von ca. 12oo Studierenden der AFE folgender Antrag mit überwältigender Mehrheit beschlossen:

1.unbefristeter Boykott aller bisherigen AFE-Veranstaltungen
2. Organisierung von Gegenveranstaltungen in der AFE(Uni)
3.Solange unsere Minimalforderungen(Vollversammlung 6.11)
-8 Semester mindestens
- keine Kürzung der Grundwissenschaften
-Verbesserung der zweiten Ausbildungsphase
-Gleichstellung aller Lehrer

nicht erfüllt sind,werden wir weitere Kampfmaßnahmen ergreifen.

4.Die Vollversammlung ist oberstes Beschluß-und Koordinationsgremium und tagt mindestens wöchentlich.

Der ebenfalls tagende Rat der AFE lehntees ab,in die Vollversammlubg zu kommen(mit 15 gegen 14 Stimmen).Ein Teil der Ratsmitglieder hat aus Protest die Ratssitzung verlassen und sich mit unseren Minimalforderungen solidarisiert.(8 Semester,gleiche Ausbildung und Bezahlung aller Lehrer etc).
Mit unseren Forderungen und Kampfmaßnahmen haben sich solidarisiert.

-Fachschaft Anglistik
-Basisgruppe Medizin(1 Fachschaftmitglied Medizin ist aus der Fachschaft,die zur Solidarisierung nicht bereit war, ausgetreten)
-Fachschaft Jura
-Fachschaft Soziologie
-Basisgruppe Germanistik
-Sozialistischer Lehrerbund
-Humanistische Studentenunion
-Bundesvorstand des SDS
-Bundesvorstand des AUSS

Der Boykott aller Lehrveranstaltungen an der AFE beginnt mit dem heutigen Mittwoch(4.12.68).Dort,wo Studenten und Dozenten entgegen dem Entschluß der Vollversammlung ihre frühwren Vernastaltungen einfach durchziehen wollen,werden wir vorerst versuchen,den Seminarbetrieb um zufunktionieren, in Diskussionen über den Schütte"erlaß" und seine Konsequenzen.

Die Zementierung der 6 Semester mit gleichzeitiger Kürzung der Grundwissenschaften an der AFE bedeutet einen Rückfall hinter bereits gegebene Ausbildungsverhältnisse (Realschullehrer 8-semestriges Studium).E Die neue Regelung ist also die Voraussetzung zur Produktion von Lehrern, die nicht mal Fachidioten sind.

Die Diskussion über die gesellschaftliche Relevanz der Studieninhalte soll durch Zeit- und Leistungsdruck verunmöglicht werden. An der AfE, alsdem schwächsten Glied der Kette (ungenügende Fachausbildung und geringes gesellschaftliches politisches Bewusstsein) soll eine disziplinierende, technokratische Hochschulreform als exemplarisch für die gesamte Uni (Schütte-Entwurf zur Hochschulreform) über die Köpfe der Studenten hinweg durchgeboxt werden.

Aufruf des SDS-Frankfurt zur Solidarisierung mit der AFE (9.12.68)

SOLIDARITÄT MIT DER AFE! SOLIDARITÄT! SOLIDARITÄT MIT DER

Der autoritäre Staat setzt erneut zum Angriff auf die politischen und wissenschaftlichen Interessen der Studenten an. Die Studenten der AFE protestieren gegen den Versuch des hessischen Kultusministeriums, eine rigerose Kürzung des Studiums und die Streichung politisch bezogener Grundwissenschaften zu diktieren. Der Staat will eine reibungslos verwertbare pädagogische Intelligenz, die Wissenschaft aufspeichern, aber nicht kritisch denken soll.

Der Versuch des hessischen Staates, die Ausbildung kritischer Pädagogen unmöglivch zu machen, steht exemplarisch für den Angriff der technokratischen Hochschulreform auf alle Fakultäten der Universität. Der hessische Schütte-Entwurf preist in geschickter Manipulation sich als revolutionär an, stabilisiert aber in Wirklichkeit die Rechtlosigkeit der Studenten an der Hochschule und verweigert ihnen mit Scheinzugeständnissen jedenmwirksamen Einfluß auf die Organisation des Wissenschaftsbetriebes.

Zwanzig Jahre wirkungsloser demokratischer Reformentwürfe sind genung! Wir können dem autoritären Staat die Universität nicht überlassen. Die kommilitonen der AFE haben dem Staat Kampfmaßnahmen angekündigt, wenn ihre Forderungen unerfüllt bleiben. Es genügt nicht, gegen die technokratische bloß zu protestieren, die Studenten müssen die Organisation der wissenschaftlichen Forschung und Lehre selbst übernehmen. Die ordinarien verfügen über die Freiheit von Forschung und Lehre als Privateigentümer. Die Studenten müssen autonom die Lehr-und Lernprozesse in ihre eigene Hand nehmen.

WIR KÖNNEN UNSERE PRAKTISCHE SOLIDARITÄT MIT DER AFE BEWEISEN INDEM WIR IN UNSEREN EIGENEN FAKULTÄTEN UND INSTITUTEN DEN POLITISCHEN WIDERSTAND GEGEN DIE AUTORITÄRE HOCHSCHULREFORM AUFNEHMEN.

Oldenburg

Regionalkonferenz-Nord in Oldenburg - Rektor der PH morgens aus dem Schlaf gerissen.

Die Auseinandersetzung auf der Dk-Hannover zwischen der Region-Nord und Gruppen, aus denen z.B. der BV personell hervorging, muss auch vom BV selbst fortgeführt werden und darf nicht nur dort und plötzlich aufbrechen - ohne eigene begreifbare Geschichte - wo der SDS heute am gefährdetsten erscheint: auf den DK's. Nicht einmal die genauerre Bestimmung dieser Auseinandersetzung ist bisher gelungen; auf der Bundeskonferenz zur Hochschulpolitik war die Region-Nord (ausser Münster) nicht vertreten, obwohl in der Form der projektgebundenen Arbeitskonferenzen die Bedingungen für eine verbindliche Diskussion erfüllt gewesen wären, die Vertreter der Region-Nord auf der DK vermisste. Auf d r DK konnte die Bestimmung der Auseinandersetzung nicht gelingen.

Wir Kennen auch die Situation der Gruppen der Region-Nord bisher kaum.

Freilich: Aus dem oben gesagten lassen sich die Motive der Mitglieder des Bundesvorstandes Behnken und Becker zum Regionaltreffen Nord allein nicht ableiten. Die Koordination und Verallgemeinerung der verschiedenen Ansatze in den Gruppen kann nur gelingen, wenn der Bundesvorstand als Kollektiv an den Diskussionen und Aktionen der Regionen und Gruppen auch unmittelbar beteiligt ist.

Dir Regionalkonferenz, auf der die Gruppen Hamburg, Bremen, Braunschweig, Flensburg und Oldenburg vertreten waren, wurde im Verlauf der Diskussion zunehmend zu einer Regionalkonferenz dieser Hochschulpolitik an den PH's und über die Bundeswehrkampagne.

Die Konferenz war durch mehrere Papaers vorbereitet worden. Das ursprüngliche Programm der Regionalkonferenz: an Hand von Statistiken über Herkunft und Motivation beim Studium der PH-Studenten Einblick in die Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Politisierung der PH-Studenten zu erhalten und Probleme der Pädagogik zu diskutieren, wurde zunehmend zu einer Strategiedebatte der Hochschulrevolte an den PH's.

Die Situation an den PH's scheint gekennzeichnet durch die enormen Schwierigkeiten, vor denen die SDS-Gruppen stehen - z. B. vor dem Problem, daß ihre Ausbildung kurz ist (deswegen streiken die Genossen an der AfE in Frankfurt am Main), sodaß die Genossen sich kaum zu einem handlungsfähigen, ausgebildeten Kollektiv zusammenschließen können. Genossen mit abgeschlossenem Studium werden durch die Unmöglichkeit als Lehrer den Ort der Berufsausübung frei zu wählen, aus den Gruppen herausgerissen.

Für Oldenburg und Flensburg heißt die Reaktion auf ihre Schwierigkeiten: Bündnis mit dem AStA, der kein SDS-AStA ist; Bündnis mit dem SHB und Veröffentlichung von Flugblättern nach Möglichkeit mit der AStA-Unterschrift usw.

Die Aktionsstrategie der PH-Gruppen zielt unter scheinbarer Anlehnung an die zweite Phase der Hochschulrevolte auf den Lehr und Lernbetrieb der PH's selbst ab: Politi-

sierung der Seminare durch Kritik der autoritären Seminarstruktur, Go-ins, auch Erweiterung der in den Seminaren behandelten Thematik über den traditionellen Bereich hinaus und Einführung politischer Kategorien in die Lehrveranstaltungen zeigten sich in der Diskussion in Oldenburg als die primären Methoden des politischen Kampfes des SDS-Gruppen an den PHs. Vertreten wurde die Ansicht, die Realisierung eines (nur formal bestimmten) Wissenschaftsbegriffes sei das, was zugleich Befreiung und Hochschulrevolte ausmache.
Die ungebrochene familiäre Atmosphäre an den Phs, die offen zur Schau gestelllte Liberalität der Professoren und Rektoren, die noch nie in Reaktion auf Studentenaktionen an die Grenze ihrer Toleranz geführt wurden, machen die Genossen hilflos. Ihre Kritik droht als Belebung der Seminare akzeptiert zu werden.
Diese praktischen Schwierigkeiten bei der Politisierung der Studenten, die entsprechende psychische Belastungen m- nicht aufgelöster Aktionsdruck- mit sich bringen, schlagen um in Emanzipationsdebatten, deren Funktion ohne politische Praxis Ablenkung vom Entwurf neuer Taktiken sein kann.
Die Mehtode , durch bestimmtere, auf allgemein -politische Themen oder aber auf die Funktionalisierung der Wissenschaft für die Zwecke der existierenden politischen Studentenbewegung gerichtete Aktionen, auf die Schranken der Liberalität der Professoren zu stoßen und die Konflikte, die lantent vorliegen, sichtbar zu machen.- Auch nur ins Gespräch gebracht - setzt bei den Genossen dies Agressionen frei, die erklärt werden müssen: in der Tat würde die Anwendung einer radikaleren Strategie bedeuten, daß die Genossen sich von der Masse der Studenten isolieren.
Während der Periode des allgemeinen-politischen Protests an den großen Universitäten sind weder die Propaganda der Manipulationspresse, noch die Integrationsversuche von Lehrkräften und Kultusbürokratie erfolglos geblieben.
An den Phs aber, wo die Aktivität der Studenten schwächer war, zum Teil sogar fehlte, heißt Polarisierung der Studenten als Folge der Aktion zu erst: Isolierung des SDS. Sie zu durchbrechen in kollektiven Aktionen einer Mehrheit von Studenten erscheint den Genossen fast aussichtslos.
Es erscheint notwendig, daß die Genossen an den Phs in Kürze konkretisieren, wie die Arbeit an den Phs aus der Studienreformphase herausgeführt und praktisch -politisch gewendet werden kann.

(Bundeswehrdiskussion : dazu folgt noch ein Rundschreiben an die Gruppen!)
Der Diskussion des ersten Arbeitstages folgte die Aktion des 2.Tages der Regionalkonferenz. Das Gebäude der PH Oldenburg war am Sonntag geschlossen, obwohl der formell vorgesehene Weg an einem Sonntag einen Raum zu bekommen, durchlaufen worden war. Der Pedell ließ sich verleugnen, stattdessen beobachtete uns der Hauptbürokrat der Hochschule hinter seinem Telefon verschanzt durchs offene Fenster, das er,unerfahren genug, nicht geschlassen hatte, sondern es öffnete , um mit uns zu verhandeln. Da beging er seinen zweiten Fehler, nämlich

indem er versuchte, die Legitimation, mit ihm überhaupt zu sprechen - Vorweis eines Studentenausweises - dazu zu nutzen, die Personalien eines "Rädelsführers" zu fixieren. Diskussion, Einstieg durchs Fenster, kleines Handgemenge im Bürokratenraum und Telefongespräch mit dem Rektor führten dazu, daß die Universitätsspitze darüber informiert wurde, was läuft: der Bürokrat zum Rektor durchs Telefon: "Sie wollen die Hochschulrevolte einleiten!"

Die Auseinandersetzung zwischen dem aus dem Bett gerissenen Rektor und den Studenten der PH - begonnen mit einem siegesgewissen, aktiven jovialen - endete mit dem Abzug einer erblassten Gestalt.

Follow-up-demonstration:
Die Schlüssel der PH Oldenburg werden durch fortschrittliche Studenten für ein Geringes an jeden Studenten verkauft werden. Die PH soll den Studenten gehören und das auch sonntags.

MARBURG — Wie sich eine Gruppe in der Aktion reorganisiert

Der SDS-Marburg wünscht allen Genossen eine gesegnete Weihnacht und ein friedvolles, glückliches neues Jahr.

I. Entwicklung seit Herbst

Nach der dk in Frankfurt wurde die Gruppe von einer antiautirotären Welle heimgesucht, die in einer völligen Zerschlagung der alten Gruppenstruktur mündete. Die Gruppe als anzes wurde politisch fast völlig funktionslos; wurden aber Aktionen durchgeführt, gingen sie auf die Initiative privater Zirkel zurück; diesen ktionen ging weder eine politische Diskussion voruaus, noch wurden die Aktionen im nachhinein besprochen. Diese völlige Str tegielosigkeit führte zu einer eihe von Niederl gen , die aber nicht in einer Diskussion der gesamten Gruppe aufgearbeitet wurden, sondern die daraus resultierenden kollektiven Frustr tionen mussten von jedem Genossen v rarbeitet werden.

Gleichzeitig löste sich die Gruppe ohne irgendeine konkrete Aktionsstrato gie in Basisgruppen auf, die nicht nur innerhalb der gruppenstruktur die universtäre rbeitsteilugg reproduzierten - was auch in gewissen Grenzen für unsere Politik an der Hochschule unvermeidlich ist, sondern auch in den B sisgruppen - sofern sie überhaupt länger als eine Woche existierten- zu starken revisionistischen und liberalen endenzen führeten. Eine Basigruppe beschränkte sich bei den Juristen auf eine völlig immanente Kritik, die bestenfalls noch einige linke Katinalisierungsornamente hatte. Id weinigen Genossen in den B sigruppen wurden teilweise völlig von perspektivlosen, insitutsinternen Konfliketen absorbeiert,ohne dass sie die Chance gehabt hääte, die Mehrheit der Basisgruppenmitgleider bewusstseinmäsig voranzutreiben. Die partikularischtischen tendenzen in der Gruppe führten jedoch auch dazu,dass die Genossen in ihren Seminaren und Instituten von antiautoritäter Praxis zukommen versuchten, was den bis dahin latenten Konflikt mit den linken Professoren offen ausbrechen liess. Aus diesen Konflikten heraus entwicklen sich inzwischen die Ansätze einer neuen Gruppenstruktur. Allgemein ist ein Bedürfnis nach stärkerer Zentrlisierung und str fferer Organisation der Gruppe.Ziel ist jetzt, die Genossen in den Basisgruppen in Projektgruppen zu organisieren, sodass die Basisgruppen als die allen offenstehenden Institus- oder Seminarbezogenen Oppositionsgruppen bestehen blieben, während die Genossen aus verschieden Basisgruppen in einer rojektgruppe noch einmal speziell organisiert würden.

II. Die Konflikte in der Phil. FAk und in der JUR. FAK

Mit Hilfe der nun auch in Marburg einsetzenden Justizkampagne gelang es die bestehenden Konflikte in der Jur. Fak zu politisieren und neue Konflikte hineinzutragen. Wir bentutzen das Rehse - Urteil als aktuellen Aufhänger für ein teach -in über Klassenjustiz, dem auch der Rahmen der klasssischen Informations-teach-ins, die immer ohnepraktischen Konsequenzen geblieblieben waren, gesprengt wurde. Wir setzten in der Diskussion bei dem Problem der Ausbildung der Juristen an, wonei wir erklären konnten, dass diese Diskussion am falschen Ort geführt werde, dass diese Diskussion in den Juristischen Seminaren feführt werden müsse. Daraufhin zogen etwa 2oo Studenten zum juristischen Seminar, nicht ohne vorher noch den Feierabendverkehr durcheinanderzubringen. Das Jur. Seminar war verbarrikadiert von wahrscheinlich Korporierten und RCDS- Studeten, da uns das Gerücht vorauseilte, wir wollten einige Tonnen Positivismus durchs Fesnster schmeinssen. Die Ordinarien machten uns dann das Angeobt, mit den Juristen im grössten Hörsaal des gegenüberliegenden Hörsaalgebäudes der Jur. Fak. zu diskutieren. Wir mussten das Angebot annehmen, da wir ansonnten nur hätten versuchen können das Juristische Seminar zu stürmen. Eine derartige Aktion hätte unserer Meinung nach nur Sinn, wenn sich die Konflikte in der Jur und Phil- Fak weiter verscärft haben, was dann zu Streiks und Besetzungen führen kann. Der wichtigste Erfolg war dass es uns elang, die Gression er Juristen gegen uns abzubauen und- einen Teil zu Aktionen im Jur Seminar zu bewegen. In den folgenden Tagen wurde ein Seminar und eine Vorlesung(wahrscheinlicherweise gültig) in Kammern siehe Flugbl). In der Phil. Fak hat sich die Unruhe verschärft durch die drohende Einführung des nuemerus clausus, bei en Anglisten, Romanisten und Germanisten und die Satzungsdiskussion bei den Politologen und Soziologen. Die auseinanderstzungen im Politischen und Soziologischen Insitut haben sich dadruch weiter verschärft, dass auf ein er Podiumsdiskussion des Bundes Demokratischer Wissenschaftler ist erstmalig zum offenen Konflikt zwischen Abendroth und dem SDS kam . Das Hofmann uns in den Rücken fiel, war zu erwarten, das Bendroth dabei mitmachte war allerdingsneu. (zu uns eren Forderungen in der Satzun sdiskussion siehe Flugblatt)Die Anglisten beschlossauf einerFachgruppenvollversammlung mit allen Mitteln gegen eine Einführung des Numerus clausus zu kämpfen. Das maximale wäre ein Streik bei den Anglisten. Das die Anglisten als erste ein Insitut besetzen, ist ausgeschlossen, damit beginnen könnten nur die Politologen oder Soziologen. Wichtig für einen Streik und Besetzun swelle an der Phil- Fak ist aber, dass eine andere Gruppe als die Politologen oder Soziologen mit einem Streik beginnen, wo dann als nächster Schritt eine Besetzung des Soziologischen Seminars möglich wäre. Wenn die Politologen alleine anfangen, wäre dies als Initialzündung ungeeignet, da dies von den anderen Studenten weitgehend als ein recht amüsanter Hauskrach unter den Linken angesehen würde. Für diese Woche sind als Aktionen noch die Herstellung der Öffentlichkeit bei einer Sitzung des kleinen Senats und einer Fakultätssitzung in der Phil. Fak vorgesehen, wo über die Einführung des numerus clausus verhandelt werden soll. Insgesamt werden die Aussichten immer besser!

INFORMATIONEN ÜBER DIE MARBURGER BASISGRUPPENARBEIT ÜBER

STEFAN SCHARDT
3555MARBURG
Untergasse 14

Erklärung der Fachschaft Politik/ Soziologie Marburg

1. In der jetzigen Situation hat an den Universitäten der politische Kampf im Bewusstsein der Beteiligten Formen von Klassenauseinandesetzungen angenommen: der eine Teil identifiziert sich mit der herrschenden Klasse der andere mit den Beherrschten. Diese Auseinandersetzungen werden verzerrt und verschleiert durch die ständische Organisation der Universität, den Konflikt zwischen Ordinarien und Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Daher wird die prinzipielle wissenschaftliche und politische Interssenidentität gerade der am poli wchen und soziologischen Insitut arbeitenden stets von neuem durch sekundäre , ständische Auseinandersetzungen zerrissen, statt sich in den primären,realen Auseindner etzungen inner alb und usserhalb der Universität praktissh zu realisieren.Dieser Widerspruch wird besonders verschärft durch das Auseinaderfallen kritscher Wissenschaft und feudalstädnischer Wissensch tsorganisation. Danit ist der radikale konsequente und exemplarische Abbau dieser städnidischen Machtverhältnisse die notwendige Bedingung für die verwirklichung dieser bislang nur behauptet pteten Interessenidentität und die Herstellung des Bündnisses zwischen revolutionärer Studtenenbewegung und der AArbeiterklasse.

2."as bedeutet eine Satzung bei der gegewärtigen Rechtslage?
Eine reale Demokr tisierung der Insitute muss bei der gegenwäetigen echtslage notwendig in Konflikt mit besthenden Hochschulordnungen kommen.N ch9 4oABs.3 HHG leiten die Direktoren die wissenschaftlichen Anstalten uneingeschränt. Entsprechendes gilt für die Univer itäts satzungen. Eine HHG-konforme ~~Satzung~~ Satzung kann deshalb nur eine weitere juristische Absicherung der Ordinarienuniversität nicht aber ihre Abschaffung bedeuteten.

Welche Bedeutung hat die Annahme der studentischen Minimalforderungen? Die Ordinarien können sich zwar mit den stud. Forderungen einverstanden erklären,sind aber juristisch jederzeit in der Lage deren Umsetzung indde Praxis zu blockieren.

Frage an die Ordinarien und die wissenschaftlichen Mitarbeiter:
WIe kann unter diesen Bedingungen ein Kampf gegen die autoritäre Formierung der Hochschulen aussehen, wie sie in diesen Gesetzen juristisch fixiert sind? Eine studentische Mitarbeit an einer Institutsatzung kann nicht auf Basis einer Interprtation der besthehenden Hochschulgesetze bestehen,was der alten Ordinarienuniversität nur zu einer demokratischen Ornamentik verhelfen würde,Studentische Mitarbeit ist nur möglich auf Basis der tudentischen Minimalforderung,die dem Studenten diejenigen Freiheitsräume verschaffen, die notwendig sind, um einer politisierten Studentenschaft den Kampf gegen die autoritäre Formierung der GESELLSCHAFT ZU ERmöglichen. Die Juristen haben die bestEHENDEN GESETZE NUR VERSCHIEDEN INTERPRETIERT? ES KOMMT DARAUF AN SIE ABZUSCHAFFEN!

FORDERUNGEN DER FACHRUPPE SOZIOLOGIE/POLITILOGIE MARBURG

Die Fachgruppenversammlung vom 12.12. erklärt folgende Punkte als Minimalforderungen zur Grundlage für eine Satzung des politischen Insitutes:1.Mittbestimmung bei Seminrplänenetc.2.Organisation von Seminaren durch die Teilnehmer(Arbeitsformen);3. Mitbestimmung bei Benotun en(z.B. inrichtung eines Seminarrates,der über Fragen der Benotung und der Scheine entscheidet);4. Mitbetimmung und Öffentlichkeit bei Prüfungen(Einrichtung einer Prüfungskommission) 5.Mitbestimmung bei der Verg be von Dissertations- und Habilitationsthemen; Mitbestimmung bei Berufung und Einstellungen; 7. Mitbestimmung bei der Verg be von Mitteln; 8. Einsi htnahme in lle Akten und Dokumente;

,Entschieden werden soll- so erklärte die Fachgruppenversammlung über all diese Fr gen durch die studeneische Vollversammlung. d.h.die Studenten fordern Vetorecht. Die letzte Entscheidungsgewalt soll bei der Studetnenschaft und nicht mehr bei Represetatnen liegen. Nur eine Satzung in der alle diese Forderungen verwriklicht sind ist für uns akzeptabel.

Die politische Netwicklung in der Bundesrepublik beweist in zunehmendem Maße welche Bedeutung der tudentenbewegung zukommt. Wir werden bedroht durch: 1. Disziplinierun massnahmen an der Hochschule (HHG, II, Honnefstreichung) 2. Eine terroristische Justiz (Rehse -Urteil, Demonstrantenprozesse), 3. direkte ingriffe der regierun in die Universität (Anwerbung für den BND und Verf ssungsschutz). 4. Unterdrückung jeder kritschen Aktivität und Agitation (Erschwerung beziehungsweise möglichst bschaffung der Kriegsdienstverweigerun g-. Vorbeugehaft). Die herrschende Klasse scheut nicht davor zurück jede Opposition zu zerschalgen, das vielbeschworene GG ausssr Kraft zu setzen, wenn ihre Interessen es erfordern.
In diesem Zusammenahng gewinnt die Satzungsdiskussi n für uns besondere aktuelle Bedeutung. Die Satzung muss insitutuionell absichern, dass die Studetnen durch die Vermittelung kritischer Theorie in politische Praxis diese ges mtgesllschaftlche Entwicklung in der BRD bekämpfen können. Dies leitst die Studentenbewegung aber nicht durch Entsendung einiger Representanten in bestehende oder noch zu chaffende Gremien, um das Schlimmste zu verhindern. Sie kann es nur leisten durch Selbstorganisation und Selbsttätigkeit. Die formale schriftliche Fixierung einer noch so demokratischen Insitutssatzung bringt keine Selbstbestimmung der Arbeitskräfte des Wissenschaftsbetriebes. Erst durch die Ums tzung kritscher Theorie in politische Praxis zuerst und vor allem am eigene rbei splatz sin d die Studetnen in der Lage ein Widerstandspotential zu schaffen, das nicht nur verbal für eine Demokrtische esellsch ft kämpft.
DESHALB LEHRN WIR DAS REPRESENTATIVSYSTEM AB: DESHALB FORDERN IR:
Selbstorganisa ion der Studenten am Arbeitsplatz.
Kampf gegen das HHG II; gegen die terroristische Justiz, gegen die Liquidierung der Opposition durch Vorbeugehaft!
Klmmt massenahft zur Institusversammlung am Mittwoch, 17.12.1968

GENOSSEN,
dieser INFO-NR.2 wird nur zurhälfte vorglegt. Die Reaktion der Gruppen auf unser-d erste Ausgabe war so stark, das dieser INFO eigentlich 60 Seiten lang sein müsste. Ausserdem wollen wir uns bemühen nicht nur zu dokumentieren, sondern auch kommentieren, um mitzudiskutieren. Der INFO - Teil 2 von Nr.2 wird AnfangJanuar vorliegen. Dort wird über die Berliner Auseinadersetzungen, an den UNI's die Hamburger Erfahrungen in der Justizkampgane, eine Einschätzung der Situation des SDS in München berichtet werden. Es wäre gut, würden wir neben der Flugblattauswahl und Berichten aus den Gruppen auch öfter angerufen we den. Gerade das Telephon eignet sich zur schnellen Koordination der Arbeit in Aktionen hervorragend. Außerdemtelephoniere ich gerne! Die Auflage dieses AINFO k ann nicht höher sein, da wir einfach kein Geld haben, um das Papier zu bezahlen! Irgendwie müssten wir die Beitragszahlungen der Gruppen an den BV reorganisieren!

vom BV könnt Ihr beziehen:

a) Oskar Negt, Politik und Gewalt, 50 Pf., 15 S. (wichtig für die Gewaltdiskussion!)
b) neue Kritik 36 (mit Aufsätzen von Prenß, Schauer, Leithäuser, u. Schmiedere u.a.), 345., 50 Pf
c) Polit. Programm der FNL (1967), 20 S., 50 Pf.

DIE ARBEITERKLASSE KANN SO MANCHEN SDS GENOSSEN BESCHÄMEN

(Diesen Brief fanden wir in der Ablage):

"Liebe Genossen !

Ich betrachte es als meine Pflicht, als junger (22 Jahre), sozialistischer Arbeiter (Friseur) eure progressive und beispielhafte Tätigkeit gegen den Monopolkapitalismus zu unterstützen.
Da ich aber leider zu weit von einer Basisgruppe entfernt wohne, um außer in gelegentlichen Protestaktionen mitzuwirken, werde ich Euch Postscheckkonto einen Betrag von DM 4o.- überweisen, sobald Ihr mir Euer Pko angebt. Für die Zusendung aktuellen Informationsmaterials wäre ich Euch sehr dankbar.
Mit sozialistischem Gruß

..... "

Zusätzlich zur Liste der Buchhandlungen, in denen Genossen die nk bekommen hier nun eine Liste der SDS-Preise der NK-Produktion (Organisationspreise.)

Die Gruppen können auch en bloc von uns und vom Verlag beziehen. (vorweg bezahlen.!)

ARCHIV SOZIALISTISCHER LITERATUR

1, Rosa Luxemburg, Akkumulation des Kapitals	DM 20.-
2. Leo Troztki, Permanente Revolution (vergr.)	15,-
3. E.Paschukanis, Allg. Rechtslehre u. Marxismus	15,-
4.N.Bucharin, Politische Ökonomie... (vgr.)	15,-
5.Das rote Gewerkscgatsbuch (vergr.)	15.-
6.Troztki, Ergebnisse und Perspektiven (vergr.)	1o.-
7, Organisationim Klassenkampf	15.-
8.Grossmann, Akkumulations- u.Zusammenbruchsgesetz	28.-
9.Franz Jakubowski, Ideologischer Überbau	12.-
10.S. Leonhard, Unterirdische Literatur	12.-

PROBLEME SOZIALISTISCHER POLITIK

1. Neokapitalismus Rüstungswirtschaft vergr.	5.50
2. Steinhaus, Vietnam vergr.	3.-
3.Mandel, Einfürhung in die marxistische Wirt.	3.-
4.Die große Koalition vergr.	3.-
5.Steinhaus, Internationaler Klassenkampf vergr.	4.-
6.Togliatti, Ausgew.Schriften	11.-
7.Jalle, Ausbeutung der 3.Welt	6.50
8.U.Schmiederer, Sowj.Theorie d.Friedl.Koexistenz	4.50
9.R.Reiche, Sexualität u.Klassenkampf	7.-
1o.Hack, Negt,Reiche, Protest u. Politik	4.50
Einzelheft Neue Kritik	2.-

H E I D E L B E R G

DIE MEDIZINISCHE FAKULTÄT BEWEGT SICH DOCH

Die Politik des SDS Heidelberg ist derzeit (Ende Dez. 68) durch außeruniversitäre Aktionen (Antifaschistische Aktionen und Blockade einer Lokalzeitung) bestimmt. Während sich in einigen Städten die Politik der Gruppen an den Streikbewegungen an der Hochschule+ orientiert, kommt in Heidelberg die Institutspolitik nur mühsam voran. Zwar haben sich Basisgruppen bei den Politologen, den Romanisten, den Dolmetschern und den Germanisten zu Beginn des Semesters gebildet, doch fehlt der allgemeinpolitische Impuls, der im Sommersemester vorhanden war (Kampf gegen die NS Gesetze - AstA Suspendierung - Besetzung der Universität) , jedoch seinerzeit nicht von uns organisatorisch in Basisgruppenkonzepte umgesetzt worden war. Die Basisgruppen gehen so zur Zeit den mühsamen Weg, Interessengegensätze und objektive Konflikte am Institut durch Aufarbeitung der Aktionen des Sommersemesters (einige Ordinarien haben Studenten denunziert und angezeigt) und durch Kritik an den Lehrveranstaltungen freizulegen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß die jungen Genossen, die gleich zu Beginn ihres Studiums in die Aktionen hineingerissen wurden, sich allererst - und zwar organisiert - in die Institute integrieren müssen. Die Politik der Basisgruppen wird voraussichtlich Ende Januar 69 ,wenn wir die Justizkampagne an der Universität in den jeweiligen Fächern werden umsetzen können, eine radikalisierende Qualität gewinnen können.

Eine wichtige Entwicklung vollzieht sich bei den Medizinstudenten , die "nachhinkend" die Stufen der Politisierung der Studentenbewegung durchlaufen. Ein KU Arbeitskreis " Medizin und Verbrechen" entlarvte einen berühmten Chirurgen als Euthanasiepropagandisten und die Fakultät als eine, die ihn decken mußte. Die Arbeitsgruppe "befreite Gebiete" in der mediz. Fachschaft macht den Schritt zum konkreten Verständnis der objektiven Lage der dritten Welt.
Die Entwicklungen außerhalb der phil. Fak. , die z. Z. relativ unbemerkt stattfinden, können in den zu erwartenden allgemeinen Konfliktsituationen zur Ad-hoc-Radikalisierung von bisher "ruhigen" Bereichen der Universität führen und eine hervorragende Bedeutung für die erfolgreiche Abwehr der Offensive der technokr. Hochschulreform gewinnen.

MEDIZINISCHE FACHSCHAFT HEIDELBERG ARBEITSGRUPPE AKTION BEFREITE GEBIETE
KRITIK DER AKTION DRITTE WELT

WAS IST DIE "AKTION DRITTE WELT"?
Sie wurde auf Antrag der Medizinischen Fachschaft Freiburg in den Sommerferien beim Bundestreffen der Medizinischen Fachschaften beschlossen und beinhaltet folgendes: Der 13. November wird zum Tag der "Dritten Welt" ausgerufen. An diesem Tag und in den folgenden Semestern soll in der ganzen Bundesrepublik geplant und durchgeführt werden:
a) Sammlungen von Geld, Medikamenten, medizinischen Ausrüstungen, Lehrbüchern usw. bei Bevölkerung, Krankenhäusern, Industrie, Regierungen etc. für unterentwickelte Länder.
b)Studenten, Assistenten und Dozenten sollen bewegt werden, als Entwicklungshelfer in unterentwickelte Länder zu gehen.
c)Gleichzeitig soll informiert, analysiert und aufgeklärt werden.
Die Motive der Initiatoren der Kampagne sind zunächst einmal unbestreitbar gut: Einerseits will man das Elend abwenden. "Dakar hat nur 150 Tuberkulose-Betten, obwohl im Senegal schätzungsweise 300000 Tbc-Kranke leben" (Info- Medizin zur Aktion Dritte-Welt der Fachschaft Freiburg) , andererseits will man aufklären: "In der Bevölkerung werden wir auf breitester Basis einen grundlegenden Bewußtseinswandel gegenüber der dritten Welt schaffen.(a.a.O.)
Die Medizinische Fachschaft Heidelberg hat beschlossen, diese Aktion nicht so durchzuführen, weil sie meint, daß das vorliegende Programm nicht genügend

reflektiert ist und daher droht, seine prinzipiell richtige Intention zu gefährden und in praxi die wirkliche Aufgabe zu verfehlen. Sie wird ihrerseits versuchen über das Verhältnis der kapitalistischen Industriestaaten zu den unterentwickelten Ländern und den Befreiungsbewegungen aufzuklären und eine gezielte Sammelaktion zu unternehmen. (gedacht ist zum Beispiel an befreite Gebiete in den portugiesisch-afrikanischen „Besitzungen") Warum?

Welche Bedeutung hätte diese Aktion, so durchgefürt wie bisher geplant und veröffentlicht, bei dem Medizinstudenten? Wir Medizinstudenten lernen während unserer Ausbildung, daß es möglich ist, gesellschaftlich bedingte Krankheiten (zum Beispiel die meißten Fälle von Magengeschwüren) vonm Symptom her medikamentös und operativ zu kurieren, ohne sich um ihre sozialen Enstehungsursachen zu kümmern und diese zu verändern. Wir warten auf den Fortschritt der Medizin, der es uns ermöglichen wird alle Magenerkrankungen zu heilen, ohne uns mit dem Problem zu beschäftigen, unter welchen Umständen es möglich sein wird, daß keiner mehr an einem Magenulcus erkrankt. Genau dieses Schema der althergebrachten medizinischen Wissenschaft, das uns von allen ihren Vertretern immer wieder eingeimpft wird, soll jetzt in dieser Aktion auf die Weltpolitik übertragen werden.

Diagnose: Dritte Welt ist arm und krank.

Therapie : Medikamente

Mit diesen können lediglich vorübergehend Symptome wie z.B. Tb, Seuchen und Avitaminosen eingedämmt werden.

Das befriedigt den medizinischen Sachverstand und verdunkelt den Blick für die Ursachen und für die Notwendigkeit von deren Bekämpfung.

Da die Ursachen nicht angegriffen werden, nämlich die Ausplünderung der Massen der dritten Welt, entstehen die gleichen oder ähnliche Symptome nach kurzer Zeit wieder- das ist der Erfolg einer ScheuklappenMedizin, die sich ihrer gesellschaftlichen Aufgaben nicht bewußt ist.

Die "Aktion Dritte Welt " gibt den Studenten ein gutes Fachgewissen; sie haben ihren Job erfüllt, das andere soll nicht ihre Sorge sein.

Was tun?

Was kann nun die Heidelberger Medizinische Fachschaft tun, um tatsächlich aufzuklären und gleichzeitig die Studenten zur Aktion für die Menschen der Dritten Welt zu mobilisieren? Wir gehen davon aus, dass eine Kampagne nur dann aufklärerischen Charakter haben kann, wenn in der Kampagne selbst schon wirkliche Ursachen der Ausbeutung und die tatsächlichen Möglichkeiten der Befreiung mit enthalten sind. Nur, wenn die Aktionen hierauf hinweisen, können sie Bewusstsein schaffen. Wir dürfen nicht meinen, dass wir die "Bevölkerung" als ganze so einfach aufklären können: Wen wir ansprechen können, sind Gruppen, wie Schüler, junge Arbeiter und Studenten. Nur in der provozierenden Aktion können wir mit diesen zu einer wirklichen Diskussion über die Dritte Welt gelangen. Wenn wir als politische Studenten für die befreiten Gebiete in den portugiesischen Kolonien sammeln, die im Kampf gegen einen mit der BRD verbündeten Staat stehen, dann wird die unterdrückende Funktion der BRD für die Völker der Dritten Welt sehr bald im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Jeder Mediziner weiss, dass er als Arzt menschlich verpfichtet ist, jedem, der krank oder verwundet ist, zu helfen; z.B. wird ein Arzt in Vietnam einen US-Soldaten genauso gut behandeln, wie einen verwundeten Vietcong. Trotzdem muss sich jeder Mediziner gleichzeitig immer wieder die Frage vorlegen, und daraus die Konsequenzen ziehen, wo er ärztlich tätig wird, in den Gebieten des Vietcong oder in denen unter amerikanischer Besetzung, in einem Arbeiterviertel oder in einer Privatpraxis für Industrielle. Diese notwendige Diskussion über die gesellschaftliche Funktion des Arztes wird in der Uni gerade durch eine Kampagne in Gang gebracht, die eben nicht unterschiedslos allen Ländern der Dritten Welt , sondern nur den Befreiungsbewegungen Unterstützung gewährt.

Alternativprogramm der Medizinischen Fachschaft Heidelberg

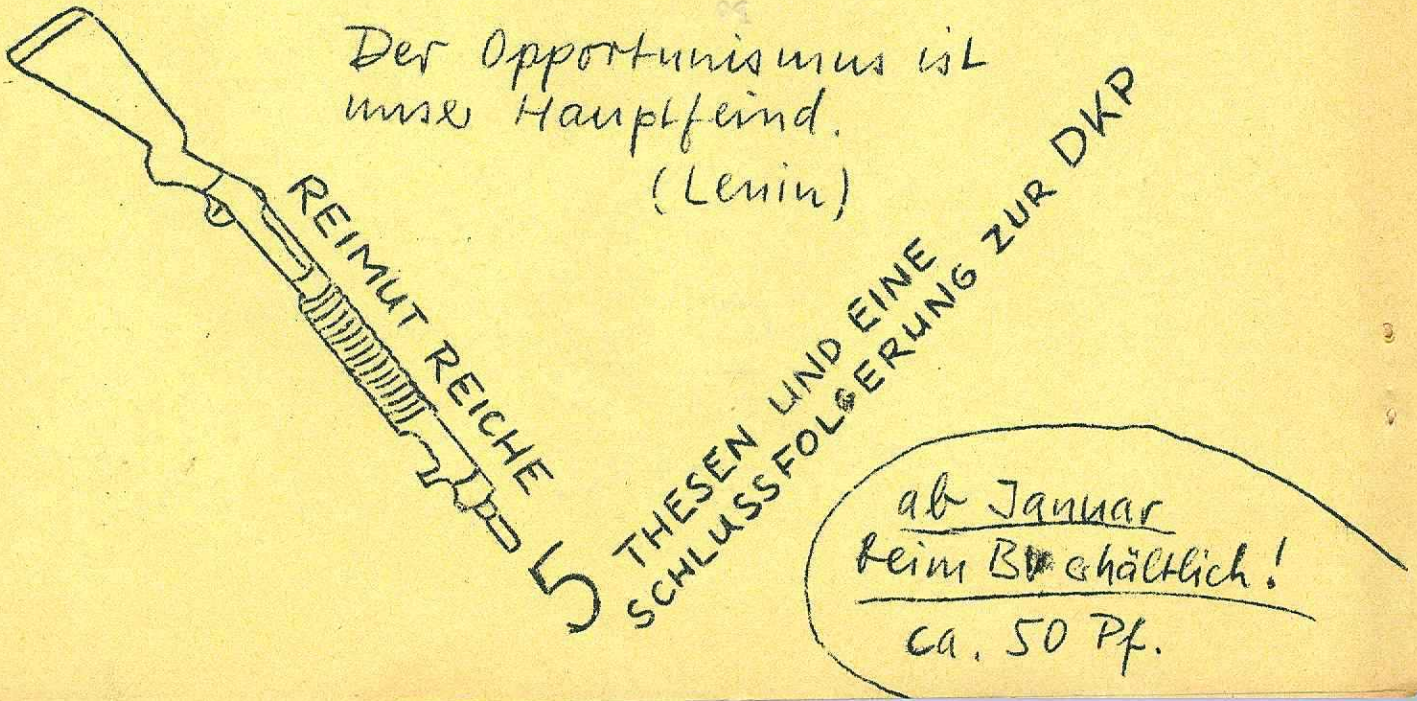
Um nicht missverstanen zu werden: die medizinische Fachschaft hat nichts gegen individuelle Humanität. Jeder kann die Unterlagen bei uns bekommen und die "Aktion Dritte Welt" in Heidelberg durchführen, wie von den Initiatoren angeregt.- Wir aber können nicht tun, was bei näherem Hinsehen den Bedürfnissen und Interessen der unterentwickelten Länder zuwiderläuft. Wir planen:

1. Dieses Flugboatt, das zugleich als offener Brief an die Initiatoren der Aktion alle medizinischen Fachschaften und den VDS geht.
2. Teach-in zur Diskussion sinn-voller Hilfe für die Dritte Welt; dazu sollen Georg W. Ahlsheimer(Arzt und Autor des Buches "Vietnamesische Lehrjahre"), und Gehrhard Armanski (OSI ' Berlin).
3. Erarbeitung einer Broschüre ...
4, Detaillierte Information über die Situation und die Bedürfnisse eines Gebietes, das der Hilfe dringend bedarf (zB befreite Gebiete im ehem. portt. Afrika).
5. Für die Wahl des Gebietes gelten u.a. folgende Kriterien:
   a) Notsituation, b) in dem Gebiet wird die Ausbeutung beseitigt durch radikale Boden- und Ausbildungsreformen im Interesse der breiten Massen...
6. Organisation einer Sammelaktion für diesen konkreten Zweck...
7. Institutionen (wie Regierung ind Industrie) werden an ihre Zusagen für die Aktion Dritte Welt erinnert und um Spenden ersucht - Sie werden so zeigen, ob es ihnen wirklich um humanitäre Hilfe geht oder nur um politische beziehungsweise wirtschftliche Ausbeutung und Repression.

Inzwischen wurde das teach-in mit Ahlsheimer und Armanski durchgeführt. Es resultierte in der Konstituierung der"Arbeitsgruppe Befreite Gebiete" der medizinischen Fachschaft, die die weitere Durchführung der Aktion übernimmt.

Adresse der Arbeitsgruppe: Arbeitsgruppe Befreite Gebiete
ASTA Uni-Heidelberg
69 Heidelberg
Grabengasse 14

Dort ist die Broschüre "Materialien zur Dritten Welt" zu einem Preis von DM 1.-- zu beziehen (mit Beiträgen von Ahlsheimer, über "Gesundheitsdienst in Südvietnam, die Entwicklungshilfe der BRD", von Gesundheitsminister Nordvietnams Thach, von Mahandra Jani und Chitaranjan Alva u.a.)



Presserklärung des Bundesvorstandes des SDS zum Verhältnis SDS und ADF (AKTION DEMOKRATISCHER FORTSCHRITT) vom 11.12.1968

Der Bundesvorstand des SDS weist Presseberichte zurück, wonach der Sozialisitschen Deutsche Studetnenbund an der am vergangenen Wochenende begründeten "Aktion Demokrtischer Fortscharitt beteiligt sein soll.
Der SDS hat weder an der ADF-Gründungsversammlung teilgenommen, noch ist er der "AktionDemokratischer Fortschritt" beigetreten.
In der augenblicklichen gesellschaftlichen und politischen Situation muss der Versuch der politischen Aktivierung der Massen auf dem Wege der Beteiligung am scheindemokratischen Parlamentarismus scheitern.
Im autoritätren System des Spätkapitalismus, in dem das Parlament in zunehmdem Masse zur reinen Veröffentlichunsinstanz vorwegefaster Beschlüsse geworden ist, hat der parlamentarische Wahlzirkus die objektive Funktion, die Selbsttätigkeit und die Mitwirkung der Massen an den politischen Netscheidungsprozessen zu verhindern, in dem er den Massen weismacht, sie hätten als Wähler tatsächl ch eingelöst, was Volksherrschaft genannt werden könnte.
An dem Manöver dem bundesrepublikanischen Machtkartell ein " linkes Wahlbündnis als demokratisches Alibi" für die Scheingefechte des Bundestagswahlkampfes 1969 zu veschaffen, wird sich der SDS nicht beteiligen.
An der Tagesordnung ist die sozialistische Aktion in den Instiutuionen des Alltagslebens, in den Schulen und Hochschulen, in den Betrieben und Verwaltun en und der Widerstand gegen den Staats- und Jusitzapparat um den Interessen der Abhängigen zumindest ansatzweise zum Durchruch zu verhelfen!

—

Mittwoch, 18.12.68, gegen 20 Uhr

gegen Peter Gäng, Eicke Schweichel, Jürgen Treulieb (ASTA-Chef) und Walter Rudert (FDJ West-Berlin !!!) u.a. sind von der FU-Bürokratie Relegationsverfahren eingeleitet worden!

BERLIN

FRANKFURT

LETZT Meldung: SPARTUSKUSSEMINAR VON POLIZEI BESETZT

SOLIDARITÄT MIT DEM SPARTAKUSSEMINAR

Vor 14 Tagen haben wir , die Studenten der Sozialogie und Philosophie aus Solidaraität mit den streikenden Kommilitonen der AFE und im Widerstand gegen die autoritären Hochschulrformversuche der Hessischen Staagewalt den unbegrenzten Streik beschlossen.

Wir haben die vorläufige Aussetzung der regulären Lehrveranstaltungen bis zum Abschluss einer demokratischen Satzung des soziologischen Seminars gefordert; denn der bestehenede Lehrbetrieb verhinderte eine wirksame Selbstorganisation der Studenten, boykottierte die Vermittlung von Wissenschaft und Politik , sowie die Heruasbildung wisssenschaftlich selbsttätiger Diskussion sion und politisch aktiver Mündigkeit. Trotz immer wieder eingeschobener Diskussionen und der Arbeit von Basis-gruppen war es nicht möglich, die bisher verdrängten, sprachlos gebliebenen Bedürfnisse überhaupt einmal zu artikulieren, die bisher gültigen Leistungszwänge und die Struktur von Wissenvermittlung zu problematisieren und die individuellen und politischen Erfahrungen studentischer Protestbewegung in wissenschaftlicher Reflektion aufzuarbeiten.

So haben wir verschiedene Arbeits- und Projektgruppen gebildet, welche zum Teil mit künftigen Lehrern und Juristen interfakultative Problemstellungen , sowie die Bedingungen für eine inhaltliche Neuorganisation kollektiver antiautoritärer Lernprozesse, sowie für die Sozialisierung der wissenschaftlichen Produktionsmittel erarbeiteten. Zu diesem Zweck haben wir die Anerkennung der Arbeit in diesen Gruppen als wissenschaftliches Studium gefordert und von "kritischen " Ordinarien der Frankfurter Soziologie den Verzicht auf Ordinarienprivilegien in rechtlich vertretbaren Grenzne verlangt. Der politische Streik und unsere wissenschaftlichen Arbeitskreise erforderten die dazu nötigen sachlichen Produktionsmittel räumlicher, wie technischer Art. Aus diesem Grund haben wir die kollektive Verfügung über das soziologische Seminar in der Myliusstrasse übernommen.

Die politische wie sachliche Verfügungsgewalt über das Seminar soll verhindern, daß der Versuch unserer wissenschaftlichen Umorganisation des Studiums sich auf einer politisch unverbindlichen Spielwiese vollzieht.

Unsere Intention ist es die Freiheit von Forschung und Lehre dem Privateigentum der Ordinarien zu entreissen und dem diktatorischen Zugriff des Notstandsstaates zu entziehen.

Wir wollen in Frheit studieren und die gesellschaftlichen Zwecke kontrollieren , zudenen unsere wissenschaftliche Arbeit politisch eingesetzt wird.

Rueggs Universitätsadministration und die frabkfurter Soziologieordinarien haben uns eine "letzte Aufforderung" zugehen lassen, das besetzte Spartakusseminar, ohne das wir nicht iwssenschaftlich sinnvoll und politisch verbindlich arbeiten können , zu räumen.

was in Hannover und Berlin möglich war, die Selbstbestimmung der Studenten in den Insttituten, die Überführung technischer und finanzieller Produktionsmittel in kollektives Eigentum durch die gemeinsame Verwaltung von Lehrenden und Lernenden, soll in Frankfurt verhindert werden. Durch die gewaltsame Räumung des Seminars versucht nun die Frabkfurter Universitätsadministration im Verein mit der hessischen Landesregierung unsere wissenschaftlichen und politischen Organisationsversuche mit Polizeieinsatz brutal abzuwürgen. ! Und insbesondere die als "kritisch" und "linksintellektuell" gepriesenen professoralen Theoretiker der Frabkfurter Soziologie und Philosophie Habermas, Friedeburg, Adorno lassen sich zu Bütteln des autoritären Staates machen.